

Willy Brandt und der 17. Juni 1953

**Eine Dokumentenauswahl
zur Geschichte der Erinnerung
an den Aufstand in der DDR**

**Zusammengestellt und eingeleitet
von Wolfgang Schmidt
Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
im Rathaus Schöneberg**

Berlin, im Juni 2003

Vorwort

Am 17. Juni 2003 jährt sich zum fünfzigsten Mal der Volksaufstand in der DDR. Vollerorts wird der mutigen Menschen gedacht, die gegen die politische und soziale Unterdrückung durch die SED-Diktatur und für Freiheit und nationale Einheit auf die Straße gingen. Was in Ost-Berlin am 16. Juni 1953 mit dem Streik der Bauarbeiter in der Stalinallee begann, entwickelte sich binnen 24 Stunden zu einem Flächenbrand. An über 700 Orten in der DDR demonstrierten über eine Million Menschen. Nur der Einsatz der Panzer der sowjetischen Besatzungsmacht verhinderte den Zusammenbruch des kommunistischen Regimes. Hunderte, zumeist namenlose Demonstranten wurden getötet, Tausende wurden festgenommen und misshandelt. Viele der Inhaftierten kamen erst nach Jahren aus den Zuchthäusern frei.

Die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung möchte mit dieser Dokumentation einen Beitrag zum Gedenken an den spontanen Volksaufstand leisten. Anhand ausgewählter Reden und Schriften werden Willy Brandts Schilderungen und Einschätzungen des 17. Juni 1953 über vier Jahrzehnte dokumentiert. Sie veranschaulichen – durchaus exemplarisch für die alte Bundesrepublik – die wechselvolle Geschichte der Erinnerung an den Aufstand, die zwischen Nähe und Distanz schwankte. Dabei wird aber auch deutlich, was in der langen Zeit der deutschen Teilung nie zu existieren aufhörte: Brandts Wille zur Überwindung der Spaltung und sein Bekenntnis zur Einheit der Nation.

Für die Hilfe bei der Zusammenstellung der Dokumente möchte ich dem Referenten des Willy-Brandt-Archivs (WBA) im Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) in Bonn, Herrn Harry Scholz, sowie Herrn Sven Haarmann herzlich danken. Mein besonderer Dank gilt dem Vorsitzenden der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, Herrn Dr. Gerhard Groß, für seine Unterstützung.

Berlin, im Juni 2003

Dr. Wolfgang Schmidt

Willy Brandt und der 17. Juni 1953

Die Erinnerung an den Aufstand in der DDR am 17. Juni 1953 hat in den vergangenen fünf Jahrzehnten wahrlich keinen gradlinigen Verlauf genommen. In den fünfziger und noch in den sechziger Jahren wurde der 17. Juni in der Bundesrepublik als „Tag der deutschen Einheit“ nachdrücklich ins öffentliche Bewusstsein gerückt. Demgegenüber ist der Gedenktag in den siebziger und achtziger Jahren vor dem Hintergrund der Akzeptanz der deutschen Zweistaatlichkeit zu einer Pflichtaufgabe des Erinnerns geworden. In der DDR war der 17. Juni 1953 ohnehin Anathema. Die SED hatte den Aufstand von Anfang an zu einem von westlichen Agenten gesteuerten „faschistischen Putschversuch“ umgedeutet.

Die Erinnerung veränderte sich nach den epochalen Umwälzungen des Jahres 1989 erneut. In diesem Zusammenhang drängte es sich geradezu auf, in den Ereignissen des 17. Juni 1953 ein erstes Aufbegehren der Freiheits- und Demokratiebewegung zu sehen, die 1990 zur Überwindung der europäischen und deutschen Teilung geführt hat. Diese Sicht wird auch die Feiern aus Anlass des 50. Jahrestages bestimmen, die jetzt wohl erstmals wirklich gesamtdeutsch sind.¹

Mit der schwankenden Konjunktur der Erinnerung und des Gedenkens zwischen Nähe und Distanz wechselten auch die Deutungen und Bewertungen der Ereignisse in der Politik sowie die historischen und (tages-)politischen Schlussfolgerungen. Anhand einer Auswahl von insgesamt 11 Reden und Beiträgen Willy Brandts zum 17. Juni 1953 – beginnend mit seiner ersten nachweisbaren Stellungnahme am Tage nach dem Volksaufstand bis hin zu seiner Rede in der Hauptstadtdebatte am 20. Juni 1991 – lassen sich Kontinuität und Wandel der Wahrnehmungen und Deutungen in der alten Bundesrepublik gut veranschaulichen. Brandts Beobachtungen und Urteile sind dafür besonders geeignet, weil er Zeitzeuge des 17. Juni 1953 und schon damals ein wichtiger politischer Akteur in Berlin und Bonn war. Die Erfahrungen aus dem unter Einsatz sowjetischer Panzer niedergeschlagenen Aufstand bestimmten später zu einem nicht geringen Teil die Ost- und Deutschlandpolitik des Außenministers und des Bundeskanzlers Brandt und der von ihm bis 1987 geführten SPD. Und mit dem Satz, „Jetzt wächst zusammen,

¹ Vgl. Egon Bahr, Tag der gesamtdeutschen Geschichte, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 53 (2003), B23/2003, S. 3 f. Siehe dort auch fünf weitere Beiträge zum 17. Juni 1953.

was zusammengehört“, wurde er 1989/90 selbst zum gesamtdeutschen Sinnbild, das in den Augen vieler die Kontinuität des Strebens nach nationaler Einheit symbolisierte.

Als am 16. Juni 1953 die ersten Meldungen über Streiks und Demonstrationen der Ost-Berliner Bauarbeiter verbreitet wurden, wirkten sie auf Willy Brandt nach seinen eigenen Worten „elektrisierend“.² Dem Wunsch, von Bonn aus sofort nach Berlin zurückzukehren, standen fehlende Flugverbindungen³ und seine Pflichten als Berliner Bundestagsabgeordneter entgegen, der am 17. Juni – dem eigentlichen Tag des Aufstands – eine Rede im Plenum zum Bundestagswahlgesetz zu halten hatte.⁴ Noch am Abend des 17. Juni und anschließend am nächsten Morgen nahm Brandt dann gemeinsam mit führenden Vertretern der Bundes-SPD an mehreren Krisensitzungen der Führungsgremien seines Berliner Landesverbandes teil. Dabei brachte er hier wie auch wenige Wochen später in seinen publizistischen Beiträgen das zum Ausdruck, was trotz der blutigen Niederschlagung des Aufstands zunächst der Grundkonsens in der westdeutschen Politik war: Er zollte der Tat der Aufständischen höchsten Respekt. Ihnen gegenüber dürfe nicht der Eindruck erweckt werden, „ihre große Anstrengung habe mit einer Niederlage geendet.“⁵ „Nichts ist falscher als eine solch oberflächliche Beurteilung der Ereignisse. Die Arbeiter haben in Wirklichkeit einen bewundernswerten Erfolg errungen.“⁶

Die aus den Ereignissen des 17. Juni zu ziehenden Konsequenzen wurden zu einem zentralen Thema des Bundestagswahlkampfes 1953. Regierung und Opposition stritten mit scharfer Polemik darüber, wer mehr und vor allem das Richtige für die Wiedervereinigung Deutschlands tue. Beide Seiten nahmen den Aufstand jeweils für ihre innen- und außenpolitischen Ziele in Anspruch. Dieser Hintergrund erklärt, warum die wenige Wochen nach dem Aufstand veröffentlichten Berichte und Aussagen Brandts über den 17. Juni von einem kämpferischen sozialdemokratischen Pathos durchdrungen waren, womit er die nationalen, wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen der SPD im Wahlkampf unterstrich. Er wandte sich sowohl gegen den „Terror“ der kommunistischen Diktatur im Osten als auch gegen die kapitalistische „alte Reaktion“ im Westen. An keiner Stelle sei „auch nur andeutungsweise“ die Forderung erhoben worden, schrieb

² Nr. 6 und Nr. 9.

³ Vgl. Nr. 9.

⁴ Vgl. Nr. 10.

⁵ Protokoll der außerordentlichen Sitzung des Landesausschusses der Berliner SPD, 18. Juni 1953, in: AdsD, Landesverband Berlin, 552.

⁶ Nr. 3.

Brandt am 13. August 1953 im „Sozialdemokratischen Pressedienst“, „dass die Großbetriebe im Prozeß der Wiedervereinigung einfach zu reprivatisieren seien.“⁷ Eindringlich hob er die führende Rolle der Arbeiter während des Aufstands hervor und äußerte zum Verhältnis von „Arbeiter und Nation“⁸: „Die Arbeiterschaft hat in den großen revolutionären Krisen immer wieder ihr eigenes, unmittelbares und soziales Programm mit solchen Forderungen verknüpft, die dem Interesse der gesamten Nation entsprechen. Das gesellschaftliche Gewicht der Arbeiterschaft ist auch am 17. Juni von der Bevölkerung als ausschlaggebender politischer Faktor erkannt worden.“⁹ Der damals 39-jährige Politiker und Journalist sah damit „die Einleitung eines neuen Abschnitts im Ringen um die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit“ gekommen.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang seine am 18. Juni 1953 an die Adresse der sozialdemokratischen Führung gerichtete Anregung, dass man nun „weniger die Forderung ‚Freie Wahlen‘ — herausstellen“ sollte¹⁰, obwohl sie eine der zentralen Forderungen der Menschen in „der Zone“ gewesen war und das Herzstück der Wiedervereinigungspolitik der SPD bildete. Brandt plädierte zunächst für Gespräche der Vier Mächte – unabhängig von den Deutschland-Verhandlungen auf politischer Ebene – über das, was man später menschliche Erleichterungen nannte: Lebensmittelhilfe für Ost-Berlin, die Normalisierung des innerdeutschen und Berliner Personenverkehrs sowie des Handels, die Freilassung von politischen Gefangenen und Kriegsgefangenen.¹¹ Bereits zwei Tage vor Beginn des Aufstands hatte er an den SPD-Vorsitzenden Ollenhauer¹² geschrieben, man müsse, da es „bisher [...] gewiss kein ernstes Anzeichen für eine neue Deutschlandpolitik der Sowjets“ gebe, „von den ‚ganz kleinen Dingen‘ ausgehen“.¹³ Zwar unterstützte Brandt auch öffentlich die Forderung der SPD nach sofortigen Vier-Mächte-Verhandlungen über Deutschland und erklärte dabei, der Wiedervereinigung müsse Vorrang vor der Westintegration der Bundesrepublik eingeräumt

⁷ Nr. 2.

⁸ Vgl. dazu auch die von der SPD herausgegebene Broschüre *Willy Brandt, Arbeiter und Nation*, Berlin 1954, 63 S.

⁹ Nr. 3.

¹⁰ Protokoll der ao. Sitzung des Landesausschusses der Berliner SPD, 18. Juni 1953 (Anm. 5).

¹¹ Vgl. ebd.; vgl. auch *Willy Brandt*, Rundfunkrede im Nordwestdeutschen Rundfunk, ms. Manuskript, 28. Juni 1953, in: AdsD, WBA, A 3, 71.

¹² *Erich Ollenhauer* (1901–1963), 1952–1963 Bundesvorsitzender der SPD und Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion.

¹³ Schreiben Brandts an Erich Ollenhauer, 14. Juni 1953, in: AdsD, WBA, A 6, 14.

werden.¹⁴ Dennoch war er nur vier Monate nach dem 17. Juni und wenige Wochen vor Beginn einer neuen Vier-Mächte-Konferenz in Berlin hinsichtlich der Chancen für eine baldige Lösung der deutschen Frage bereits sehr pessimistisch: „Auf absehbare Zeit scheint mir die Durchsetzung unserer Gesamtforderungen nicht im Bereich der praktischen Politik zu liegen. Mir kommt es nun lediglich darauf an, dass wir uns mit der Möglichkeit von Zwischen- oder Teillösungen wenigstens gedanklich vertraut machen.“¹⁵ Auf diese deutschlandpolitische Ernüchterung, die er schon kurze Zeit nach der blutigen Niederschlagung des Aufstands verspürt hatte, wies Brandt in den siebziger¹⁶ und achtziger Jahren¹⁷ besonders hin.

Nach dem ergebnislosen Ende der Berliner Außenministerkonferenz der Vier Mächte im Februar 1954 konnte bei ihm von Illusionen über eine rasche Wiedervereinigung tatsächlich nicht mehr die Rede sein: „Der Kreml wollte nicht, er will jetzt nicht, er will nicht unter solchen Bedingungen, die uns eine deutsche Zukunft in Freiheit gewähren wird. [...] Es geht jetzt meines Erachtens weniger darum, wie wir die Note der Sowjetregierung [...] ausdeuten, sondern wie wir den Zusammenhang mit den Menschen drüben bewahren können. Wie wir vielleicht etwas helfen können, ihnen ihre Lage zu erleichtern. Denn das steht über aller Politik, dass unsere Menschen zusammenkommen können, dass der Schnitt durch Millionen deutscher Familien, wo immer möglich, gemildert wird.“¹⁸ Die spätere „Politik der kleinen Schritte“ hat spätestens hier ihre gedanklichen Wurzeln. Die Erfahrung des 17. Juni 1953 trug dazu maßgeblich bei. Der 17. Juni wurde von Brandt weiterhin als Einschnitt in die Nachkriegsgeschichte empfunden. Doch er deutete den Tag nicht mehr als neue Etappe hin zur Einheit in Freiheit, sondern als Fanal der Zementierung der Teilung Deutschlands. Als direkte Konsequenz erkannte er im April 1954 für die Bundesrepublik auch keine andere Alternative mehr, „[...] als ein Sicherungssystem mit der westlichen Welt einzugehen.“¹⁹

¹⁴ Vgl. Nr. 2.

¹⁵ Schreiben Brandts an Rudolf Michael, 31. Oktober 1953, in: AdsD, WBA, A 6, 14.

¹⁶ Vgl. Nr. 10.

¹⁷ Vgl. Nr. 6.

¹⁸ *Willy Brandt*, „Politik aus erster Hand“, Rundfunkrede im Bayerischen Rundfunk, 28. April 1954, S. 4, in: AdsD, WBA, A 3, 70.

¹⁹ Protokoll der Sitzung von Landes- und Fraktionsvorstand, 24. April 1954, S. 1 f., in: AdsD, SPD-Fraktion Abgeordnetenhaus Berlin, 547.

Einleitung

In den folgenden Jahren schloss sich Willy Brandt dem überparteilichen Kreis derer an, die mit dem Kuratorium Unteilbares Deutschland²⁰ die Erinnerung an den 17. Juni im Westen wachzuhalten suchten und sich zu nimmermüdem Einsatz für die Wiedervereinigung verpflichteten. Großes nationales Pathos klang an, als der Regierende Bürgermeister von Berlin am 17. Juni 1958, dem 5. Jahrestag des Aufstands, vor dem Schöneberger Rathaus erklärte: „Wir versprechen unseren Mitbürgern, unseren Landsleuten, dass wir uns nie von ihnen trennen lassen werden, dass wir uns niemals abfinden werden mit dem Zustand widernatürlicher Zerklüftung. [...] Hier muss – ich wiederhole es immer wieder – sinnvoll zusammengefügt werden, was sinnlos auseinandergerissen wurde.“²¹

Anders als noch fünf Jahre zuvor, als er die nationale Führungsrolle der Arbeiterschaft und das Element der sozialen Befreiung besonders betont hatte, stellte Brandt 1958 nur noch den nationalen Aspekt des (Volks-)Aufstands heraus. Dieses Ereignis sollte nun im Sinne einer schichten- oder klassenübergreifenden deutschen Einigungsbewegung und als Teil einer europäischen Freiheitsbewegung verstanden werden. Damit – ebenso wie mit seinem Aufruf zu mehr nationaler Ge- und Entschlossenheit im deutschen Westen, um den „Volksnotstand“ zu überwinden – brachte Brandt das sich wandelnde Selbstverständnis der SPD zum Ausdruck, deren Entwicklung von der Arbeiter- hin zur Volkspartei er nachdrücklich befürwortete. Darin spiegelte sich auch die Berliner Erfahrung der seit 1948 bestehenden Großen Koalition. War doch gerade diese Abwehrfront der demokratischen Parteien gegen den Kommunismus beherrscht vom Gefühl der permanenten Bedrohung des Westteils der Stadt, die durch die Massenflucht aus der DDR und das Berlin-Ultimatum im November 1958 wieder in eine sehr schwierige Lage geraten sollte. In der Rede zum 5. Jahrestag ist außerdem das für Willy Brandt seit Mitte der fünfziger Jahre typische Bestreben zu erkennen, die Rhetorik des Kalten Krieges mit Aussagen zu verbinden, die den Willen zur Entspannung bekräftigen.

Mit der Erkenntnis, dass sich die Chancen für die deutsche Wiedervereinigung auf internationaler Ebene weiter verschlechtert hatten²² – und nur dort war sie nach seiner

²⁰ Das Kuratorium Unteilbares Deutschland war am 4. Juni 1954 gegründet worden. Unabhängig von den unterschiedlichen politischen Strömungen in der Bundesrepublik verfolgte die Organisation das Ziel, die Idee der Einheit Deutschlands als gemeinsames Anliegen aller politischen Kräfte in der Öffentlichkeit lebendig zu halten.

²¹ Nr. 4.

²² Vgl. ebd.

Überzeugung zu lösen – rückte für ihn das Bemühen um die Stärkung des Zusammenhalts der gespaltenen Nation mehr und mehr in den Vordergrund. „Wir werden uns nicht davon abbringen lassen, die menschlichen, die kulturellen und geistigen Verbindungen zwischen den Menschen in beiden Teilen unserer Stadt und in beiden Teilen Deutschlands zu pflegen und zu festigen.“²³ In einem Schreiben an die Ost-Berliner Magistratsverwaltung hatte der Berliner Senat im Juni 1958 ausloten wollen, ob praktische Probleme „zur Erleichterung des Lebens“ in der geteilten Stadt gemeinsam gelöst werden könnten. Ein Kontakt zwischen den beiden Stadtverwaltungen kam jedoch nicht zustande, da die SED vor solchen Gesprächen die politische Anerkennung der DDR forderte. Das war noch Tabu für den Regierenden Bürgermeister Brandt, der nur von „der Zone“ und dem „Zonenregime“ sprach, wenn er die DDR meinte. Er wollte den „moralischen Druck“ auf das Regime verstärken. Indessen durfte die „mitteldeutsche Bevölkerung“ dabei nicht zu einem zweiten 17. Juni verleitet werden: Das große Missverständnis, das der Westen verursacht hatte – so hatte Brandt bereits im Januar 1958 erklärt –, sei es gewesen, die Hoffnung auf die militärische Befreiung Osteuropas geweckt zu haben. Sowohl in „der Zone“ 1953 als auch in Ungarn 1956 habe es dieses Missverständnis gegeben. „Ergeben hat sich dann ganz kühl und nüchtern, dass an ein militärisches Engagement [des Westens] nicht gedacht wurde, wohl auch nicht gedacht werden konnte, wegen der [...] unüberschaubaren Konsequenzen eines solchen Engagements.“²⁴

Mit dem „Tag der deutschen Einheit“ als gesetzlichem Feiertag, wie er von 1954 bis 1990 in der Bundesrepublik und West-Berlin bestand, hat sich Willy Brandt nie anfreunden können. Der 17. Juni sollte ein „Tag des Gedenkens, der Mahnung und der Besinnung“ sein. Doch die Wirklichkeit sah schon bald anders aus: Viele West-Berliner nutzten den Tag zur Freizeitgestaltung; nicht wenige fuhren zum Baden in den Osten an den Müggelsee. Brandt beklagte bereits im April 1958 gegenüber Ollenhauer, dass es nicht gelungen sei, „dem 17. Juni einen wirklichen Inhalt zu geben. Ich bin wirklich der Meinung, daß es unangemessen ist, auf dem Buckel unserer Landsleute in der Zone aus dem 17. Juni einen zusätzlichen Feier- und Freudentag zu machen.“²⁵ Erst 10 Jahre

²³ Ebd.

²⁴ Vgl. *Willy Brandt*, „Betrachtungen zur internationalen Politik“, Vortrag vor der Steuben-Schurz-Gesellschaft Berlin e.V. am 17. Januar 1958, S. 9, in: AdsD, WBA, A 3, 84.

²⁵ Schreiben Brandts an Erich Ollenhauer, 21. April 1958, in: AdsD, WBA, A 6, 27.

später sollte die Große Koalition in Bonn mit dem Außenminister Brandt eine Initiative zur Streichung des Feiertags einleiten, die aber letztlich erfolglos blieb.²⁶

Bis in die Mitte der sechziger Jahre hinein war in den öffentlichen Reden und Beiträgen Brandts zum 17. Juni ein kämpferischer Grundton unüberhörbar. Wenige Wochen vor Egon Bahrs Rede in Tutzing („Wandel durch Annäherung“) und sechs Monate vor dem ersten Passierscheinabkommen mit der DDR im Dezember 1963 schrieb der Regierende Bürgermeister im sozialdemokratischen Parteiblatt „Berliner Stimme“ zum 10. Jahrestag des Aufstands: „Die Sowjets werden weiter zur Kenntnis nehmen müssen, daß sie den von ihnen besetzten Teil Deutschlands nicht lebensfähig in ihren Machtblock integrieren können.“²⁷ Auf die Verwendung auch des Vokabulars des Kalten Krieges, auf die Verdammung des „Zonenregimes“, das für die Berliner Mauer und den Schießbefehl verantwortlich sei und mit dessen Diktatur man sich nicht abfinden wolle, hatte Brandt 1963 noch nicht verzichtet: „Die Zone ist bis heute der schwächste und rückständigste Außenposten des sowjetischen Einflußgebietes in Europa geblieben.“

Die Einsicht in das tatsächlich Erreichbare fehlte ihm gleichwohl nicht. Denn der Schock des Mauerbaus am 13. August 1961 hatte die letzten Hoffnungen auf eine baldige Wiedervereinigung Deutschlands endgültig zunichte gemacht. Brandt und Bahr forcierten nunmehr von Berlin aus das Nachdenken über eine neue, auf internationale und innerdeutsche Entspannung angelegte Deutschland- und Ostpolitik. Der Einsatz der sowjetischen Divisionen am 17. Juni 1953 und der von der Sowjetunion gebilligte Bau der Mauer 1961 hatten den Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft in der DDR verhindert. Daraus folgerte Brandt 1963 im Wissen um den langen Weg bis zum Ziel: „Nur wenn es gelingt, diese Divisionen aus Deutschland zu bringen beziehungsweise zunächst zur Nichtintervention zu bewegen, wird es zur Wiedervereinigung kommen. Die Voraussetzungen für eine solche Politik sind schwieriger geworden. Es gilt danach, alle Beteiligten geduldig davon zu überzeugen, daß es nicht nur ein menschliches und nationales, sondern auch ein europäisches und friedensbewahrendes Interesse an der Lösung der deutschen Frage gibt.“²⁸

Sechs Jahre später – im Oktober 1969 – erkannte der Bundeskanzler Willy Brandt die DDR als zweiten deutschen Staat an. In seiner Regierungserklärung am 17. Juni

²⁶ Vgl. Nr. 7, Anm. 62; vgl. auch Nr. 10.

²⁷ Nr. 5.

²⁸ Ebd.

1970²⁹ – und damit noch vor der Unterzeichnung des Moskauer Vertrags – sprach er offen aus, dass die beiden Supermächte bis auf weiteres kein Interesse an der Lösung der deutschen Frage hatten. Höchstens sei möglich, „durch allgemeine Veränderungen im Ost-West-Verhältnis und durch die schrittweise Verwirklichung einer europäischen Friedensordnung auch der Einheit der Nation näherzukommen.“³⁰

Noch blieb das Gedenken an den 17. Juni 1953, wenngleich es immer weniger in die entspannungspolitische Landschaft zu passen schien, vom Parteienstreit unberührt. Doch das änderte sich schlagartig mit Beginn der Neuen Ostpolitik. Die Opposition aus CDU und CSU griff die sozial-liberale Koalition bevorzugt am 17. Juni scharf an. Sie argwöhnte, SPD und FDP würden mit den Ostverträgen – vor allem dem Grundlagenvertrag mit der DDR von 1972 – das Ziel der deutschen Einheit aufgeben. In der Debatte über den Grundlagenvertrag am 18. Juni 1973 wehrte sich der Bundeskanzler gegen diesen Vorwurf der Union und kritisierte deren „Pathos, das nichts kostet“. Brandt nahm jetzt endgültig auch Abschied von der deutschlandpolitischen Rhetorik der fünfziger und sechziger Jahre. Nicht mehr gegen die DDR, sondern nur noch mit ihr war aus seiner Sicht die Substanz der Nation zu erhalten und der Zusammenhalt der Menschen im geteilten Deutschland zu wahren. „Für uns heißt der Auftrag des 17. Juni: geduldig, hartnäckig das Mehr an Menschlichkeit zu schaffen und es anderen abzurufen, wo es geht, für das damals viele unserer Landsleute mit, wie ich zugebe, größeren Hoffnungen auf die Straße gegangen sind.“³¹

In den darauf folgenden Jahren des geregelteten Nebeneinanders der beiden deutschen Staaten trat der nationale Charakter des 17. Juni in Brandts Wahrnehmung zugunsten einer betont sozialdemokratischen Interpretation deutlich zurück. Unter der Überschrift „Schwierigkeiten mit einem Gedenktag“ wertete er 1981 den Aufstand vor allem als „Ausdruck des Willens der Arbeiterschaft zur sozialen Demokratie“ und stellte weiterhin fest: „Die Ereignisse des Jahres 1953 waren hierzulande keine Zeit der nationalen Erhebung, sondern Tage und Wochen der Ohnmacht.“ Die Lehre, die der SPD-Vorsitzende zog, lautete: „Zugleich hat dieser 17. Juni ebenso wie einige Jahre später der

²⁹ Vgl. Nr. 6.

³⁰ Ebd.

³¹ Nr. 7.

13. August 1961 unübersehbar gezeigt, daß die deutsche Teilung weder durch Aufstand noch durch die Beschwörung von juristischen Positionen zu überwinden ist.“³²

Um die mit der Ostpolitik erreichten Verbesserungen für die Menschen und die friedenssichernde Entspannung zwischen Ost und West nicht zu gefährden, hielt Brandt sich mit Kritik an den bestehenden Verhältnissen im anderen Teil Deutschlands zurück. Die Angriffe von Unionspolitikern gegen die Menschenrechtsverletzungen in der DDR und in den anderen kommunistisch regierten Staaten beurteilte er als Rückfall in „die Sprache der 50er Jahre, genauso vollmundig und hohl wie damals.“ Sein Blick war nach vorne gerichtet. Und da hatte Brandt ein positiveres Bild von der DDR vor Augen. Zu Beginn der achtziger Jahre sah er in ihr einen Partner für die Sicherung des Friedens in Europa. Vor dem Hintergrund der Debatte über den NATO-Doppelbeschluss drängte der SPD-Vorsitzende seit 1981 auf die nächste Stufe der Kooperation zwischen der Bundesrepublik und der DDR in Abrüstungs- und Sicherheitsfragen – auf das also, was seine Partei nach dem Regierungswechsel im Oktober 1982 in Bonn die „zweite Phase der Ostpolitik“ und „Gemeinsame Sicherheit“ nennen sollte: „[E]s ist nötig und auch von einigem Gewicht, wenn die beiden deutschen Staaten, ohne sich zu übernehmen, innerhalb ihrer jeweiligen Bündnisse konstruktiv darauf hinwirken, die militärischen Rüstungen in Europa gleichgewichtig auf ein möglichst niedriges Niveau zurückzubringen, ehe sich die Spirale noch um eine weitere Windung nach oben dreht.“³³ Andernfalls würden die politischen Spannungen weiter zunehmen und „die Chancen für eine Überwindung der sinnlosen Spaltung schwinden“.³⁴

Gegen Ende der achtziger Jahre blickte Willy Brandt betrübt, ja fast sarkastisch auf den Umgang mit dem 17. Juni 1953 zurück. In seinen im Frühjahr 1989 erschienenen „Erinnerungen“ heißt es: „Vielleicht ist ja etwas dran, wenn man uns Deutschen eine eigene Fähigkeit nachsagt, die Erinnerung an unsere Niederlagen mit besonderem Fleiß zu zelebrieren.“³⁵ Das Scheitern des Aufstands und aller Bemühungen, die Einheit Deutschlands wiederherzustellen, waren im Laufe der achtziger Jahre der entscheidende Aspekt und die zentrale Botschaft geworden, wenn Brandt das Thema des 17. Juni erörterte. Und doch hat er das Ziel der Überwindung der deutschen und europäischen Teilung nie aufgegeben. Im November 1989 zögerte er mit seinem Bekenntnis zur Einheit

³² Nr. 8.

³³ Ebd.

³⁴ Nr. 9.

der Nation keine Sekunde. Bis in den Sommer 1989 hinein glaubte er jedoch wie die große Mehrheit seiner Landsleute nicht mehr an eine nationalstaatliche Lösung der deutschen Frage im Sinne einer Anknüpfung an das Bismarck-Reich oder das Deutschland vor 1933. Brandt fürchtete zudem, ein abermaliger Volksaufstand in der DDR oder anderswo im Ostblock könnte zu einer unkalkulierbaren Gefahr für den Frieden werden. Wer ahnte schon, dass die SED nur wenige Monate später ihre Herrschaft ohne Blutvergießen verlieren und die in der DDR stationierten sowjetischen Divisionen diesmal in ihren Kasernen bleiben würden. Diese Frage bedrängte Brandt noch am Nachmittag des 10. November 1989: Der sowjetische Generalkonsul in West-Berlin beruhigte ihn. Der Diplomat verwies auf Gorbatschows³⁶ Willen, seine Panzer nicht einzusetzen.³⁷

Bis 1989 war die Erinnerung an den 17. Juni in Ost und West vorwiegend mit der Angst vor der Wiederholung einer Tragödie besetzt. Es mag heute irritieren, aber es ist eine Tatsache: Die Bürger, die von Oktober 1989 an mit dem Ruf „Wir sind das Volk“ und dann „Wir sind *ein* Volk“ auf die Straße gingen, haben sich nicht auf den Juni-Aufstand berufen. Der Propaganda der SED war es in 36 Jahren gelungen, die Revolte von 1953, zumal bei der jüngeren Generation, in der DDR völlig zu diskreditieren. Dennoch haben – aus historischer Perspektive betrachtet – die Montagsdemonstrationen und die friedliche Revolution im Herbst 1989 an die Forderungen des 17. Juni 1953 nach Freiheit, Demokratie und nationaler Einheit angeknüpft. Sie sind zugleich untrennbar verbunden mit den Revolutionen in den anderen ehemals kommunistischen Staaten Osteuropas und damit Teil einer gegen die Vorherrschaft des Kommunismus gerichteten europäischen Freiheits- und Demokratiebewegung, die ihre geistigen Ursprünge nicht zuletzt in den Aufständen in der DDR 1953, in Ungarn 1956 und in der ČSSR 1968 hatte. Diese europäische Tradition klang auch in der Bundestagsrede Willy Brandts am 20. Juni 1991 an, in der er die geschichtliche Bedeutung des 17. Juni 1953 mit folgenden Worten beschrieb: „Die Volkserhebung vom Juni 1953 in Ost-Berlin und dem, was wir damals die Zone nannten, stand nicht am Ende, sondern am Anfang jenes Kettenrasens, aus dem jetzt die Chance der gesamteuropäischen Einheit in Freiheit wurde.“³⁸

³⁵ Nr. 10.

³⁶ *Michail S. Gorbatschow* (geb. 1931), 1985–1991 Generalsekretär der KPdSU, 1988–1990 Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets, 1990–1991 Präsident der Sowjetunion.

³⁷ Vgl. *Peter Merseburger*, *Willy Brandt 1913–1992. Visionär und Realist*, Stuttgart/München 2002, S. 837.

³⁸ Nr. 11.

Verzeichnis der Dokumente

- | | | | |
|----|--------|-----------------|--|
| 14 | Nr. 1 | 18. Juni 1953 | Aus den Ausführungen des Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten Brandt in der Sitzung des Landesausschusses der Berliner SPD |
| 15 | Nr. 2 | 13. August 1953 | Artikel des Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten Brandt für den <i>Sozialdemokratischen Pressedienst</i> |
| 17 | Nr. 3 | Herbst 1953 | Aus einem Artikel des Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten Brandt für die IG Metall-Mitgliederzeitschrift <i>Der Gewerkschafter</i> |
| 24 | Nr. 4 | 17. Juni 1958 | Rede des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Brandt, vor dem Schöneberger Rathaus zum Tag der deutschen Einheit |
| 29 | Nr. 5 | 15. Juni 1963 | Artikel des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Brandt, für die <i>Berliner Stimme</i> |
| 30 | Nr. 6 | 17. Juni 1970 | Aus der Regierungserklärung des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland, Brandt, vor dem Deutschen Bundestag |
| 32 | Nr. 7 | 18. Juni 1973 | Aus der Regierungserklärung des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland, Brandt, vor dem Deutschen Bundestag |
| 34 | Nr. 8 | 19. Juni 1981 | Artikel des SPD-Vorsitzenden, Brandt, für die <i>Berliner Stimme</i> |
| 37 | Nr. 9 | 16. Juni 1983 | Artikel des SPD-Vorsitzenden, Brandt, für die <i>Bild-Zeitung</i> |
| 38 | Nr. 10 | Frühjahr 1989 | Auszug aus Brandts <i>Erinnerungen</i> |
| 40 | Nr. 11 | 20. Juni 1991 | Aus der Rede des SPD-Ehrenvorsitzenden, Brandt, vor dem Deutschen Bundestag |

Nr. 1

Aus den Ausführungen des Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten Brandt in der Sitzung des Landesausschusses der Berliner SPD am 18. Juni 1953

*Protokoll der außerordentlichen Sitzung des Landesausschusses, 18. Juni 1953, in: AdsD, Landesverband Berlin, 552.*³⁹

[...]

[Willy Brandt] bezeichnet als das Wichtigste, dass wir nicht in Verkennung der Lage dazu beitragen dürfen, den direkt Betroffenen gegenüber den Eindruck zu erwecken, ihre große Anstrengung habe mit einer Niederlage geendet. Unter diesen Machtverhältnissen konnte sich nichts anderes entwickeln. Mit dem besten Gewissen können wir den Menschen im Osten sagen, welche Bedeutung dieser spontane Akt hatte, der in der Welt ein ungeheures Echo gefunden hat.

[...]

Welches wird die Reaktion der Sowjets auf diese Ereignisse sein? Wird diese Aktion die jetzige Regierung in Moskau davon überzeugen, dass sie mit ihren bisherigen Methoden Schiffbruch erlitten hat und eine leichtere Hand benutzen [sic]? Oder wird sie die weiteren Maßnahmen mit schwerer Hand durchführen? Wir müssen jedenfalls unsere Forderungen zu der gesamtdeutschen Frage ergänzen, müssen auf die Westmächte viel stärker einzuwirken versuchen, müssen die Versorgung der Bevölkerung in der Zone stärker herausbringen und den Gedanken verwirklichen, in Westberlin Möglichkeiten zu schaffen, für eine billige Abgabe der Grundnahrungsmittel für die Menschen im Ostsektor und in den Randgebieten. Eine weitere Forderung: In Fühlungnahme mit den Genossen im Ostsektor gegenüber der Amnestierung eine Freilassung derer zu fordern, die in Verbindung mit der Aktion verhaftet worden sind.

Wir sollten weniger die Forderung „Freie Wahlen“ herausstellen, als vielmehr die Westmächte auf ihre gemeinsame Verantwortlichkeit für das Berlin-Problem hinweisen, weil sich in einem Teil Berlins trotz der Abriegelung chaotische Verhältnisse entwickelt

³⁹ An der Sitzung, die um 9 Uhr morgens begann, nahmen auch der SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzende *Erich Ollenhauer*, der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion und Vizepräsident des Deutschen Bundestages, *Carlo Schmid* (1896–1979), sowie der Vorsitzende des Gesamtdeutschen Ausschusses des Bundestages, *Herbert Wehmer* (1906–1990), teil.

haben. Die Hohen Kommissare⁴⁰ müssen eingreifen, da es sich bei dem Berlin-Problem um ein Gesamtproblem Deutschland handelt.

Nr. 2

Artikel des Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten Brandt für den *Sozialdemokratischen Pressedienst* vom 13. August 1953

Sozialdemokratischer Pressedienst, Nr. 187, 13. August 1953, S. 1 f.

Rechtverständener 17. Juni

In wenigen Tagen sind acht Wochen seit dem 17. Juni vergangen, der in so kurzer Zeit schon zum historischen Datum geworden ist. Die Wirkungen dieses Ereignisses haben in der Zwischenzeit nicht nachgelassen, wenn sie auch mit dem zeitlichen Abstand etwas weniger in Erscheinung treten. Es ist gut, sich mit einigen Folgen jenes wahrhaft großen Tages zu befassen, gleichzeitig aber auch einige Tatsachen in die Erinnerung zurückzurufen, die bisher stark vernachlässigt oder ganz übergangen wurden.

So sollte man nicht übersehen, daß damals an keiner Stelle auch nur andeutungsweise die Forderung erhoben wurde, daß die Großbetriebe im Prozeß der Wiedervereinigung einfach zu reprivatisieren seien. Solche Kreise, die sich unter der Befreiung der Sowjetzone nichts anderes vorzustellen vermögen als die schematische Wiederher-

⁴⁰ Gemeint sind die Vertreter der vier Siegermächte, die zwischen 1945 und 1990 für Deutschland als Ganzes zuständig waren. Auf westlicher Seite bildeten sie bis zu ihrer Auflösung 1955 die Alliierte Hohe Kommission. Diese hatte im Mai 1949 die Militärgouverneure der drei westlichen Besatzungszonen abgelöst und nahm bis zum 5. Mai 1955 (Inkrafttreten des Deutschlandvertrages und NATO-Beitritt der Bundesrepublik), stellvertretend für die drei Westmächte, eine Reihe von Vorbehaltsrechten gegenüber der Bundesrepublik Deutschland wahr. Die westlichen Hohen Kommissare, *John J. McCloy* (1895–1989) für die USA, *Brian Robertson* (1896–1974), später *Sir Ivone Kirkpatrick* (1897–1964) für Großbritannien und *André François-Poncet* (1887–1978) für Frankreich, residierten auf dem Petersberg bei Bonn. Das östliche Pendant war nach Gründung der DDR 1949 zunächst die Sowjetische Kontrollkommission (SKK) mit Sitz in Berlin-Karlshorst, die die DDR-Regierung kontrollierte und sich ferner den diplomatischen Verkehr mit den anderen Besatzungsmächten vorbehielt. Am 28. Mai 1953 erfolgte die Umwandlung der SKK in eine Hohe Kommission

stellung des früheren Großbesitzes und die Befriedigung persönlichen Macht- oder Gewinnstrebens, dürften die Stimme der Zonenbevölkerung falsch verstanden haben. Die Arbeiter der Sowjetzone wollen die neue Diktatur nicht durch eine alte Reaktion abgelöst sehen.

Die sowjetzonale Arbeiterschaft ist nicht allein gegen unerträglich gewordene Verhältnisse aufgestanden, und sie hat nicht allein freie Wahlen gefordert. Sie hat gleichzeitig ihren Anspruch angemeldet, am Aufbau einer gesamtdeutschen Ordnung bestimmend und gestaltend mitzuwirken. Diese Perspektive eines verstärkten Einflusses der arbeitenden Menschen auf das staatliche und wirtschaftliche Leben mag manchem mißfallen, der eine Störung seines westdeutschen Idylls befürchtet. Vielen anderen wird eine solche Perspektive neue Hoffnung geben.

Im übrigen braucht man nur zu beobachten, wer den Versuch unternimmt, den Arbeitercharakter des 17. Juni abzuschwächen oder zu verleugnen. Man wird sich vor allem diejenigen merken müssen, die auch nach dem großen Geschehen in der Sowjetzone noch nicht darauf verzichten wollen, die Arbeiterschaft und den linken Flügel der deutschen Politik als national unzuverlässig zu diffamieren.

Andererseits ist drastischer denn irgendwann in den vergangenen Jahren demonstriert worden, daß das SED-Regime von der Bevölkerung völlig isoliert ist. Daraus folgert, daß Pankow weniger denn je legitimiert ist, für die 18 Millionen der Zone zu sprechen. Dem heuchlerischen „Deutsche an einen Tisch“ muß heute klarer denn je das „Alle Deutschen an eine Wahlurne“ entgegengesetzt werden.⁴¹

Es ist kein Ruhmesblatt der deutschen Nachkriegsgeschichte, daß die weitreichende Bedeutung des Geschehens in Mitteldeutschland von manchen ausländischen Kreisen rascher und klarer erkannt worden ist als von gewissen Schichten im deutschen Westen. Völlig abwegig ist es jedoch, unter Berufung auf den 17. Juni die „Ausklammerung“ des Einheitsproblems aus dem Wahlkampf zu fordern.⁴² Eine solche Ausklammerung ist

unter Ernennung *Wladimir S. Semjonows* (1911–1992) zum Hohen Kommissar der UdSSR in Deutschland. Am 20. September 1955 hob die Sowjetunion dieses Amt auf.

⁴¹ Mit dem Ruf „Alle Deutsche an einen Tisch“ schlug die DDR-Führung seit 1950 der Bundesregierung immer wieder die Bildung eines paritätisch besetzten gesamtdeutschen Rats zur Vorbereitung der deutschen Wiedervereinigung vor. Dies wurde von allen demokratischen Parteien im Deutschen Bundestag abgelehnt, die stattdessen einmütig freie Wahlen in ganz Deutschland als ersten Schritt zur Wiedervereinigung forderten.

⁴² Am 6. September 1953 fanden die Wahlen zum 2. Deutschen Bundestag statt. Die CDU/CSU siegte überraschend klar mit 45,1% der Stimmen, während die SPD nur 28,8% erreichte.

schon darum nicht möglich, weil die Fragen der auswärtigen Politik mit denen der Wiedervereinigung unlöslich verknüpft sind.

Es wird immer wieder der Versuch gemacht, die Geschehnisse in der Sowjetzone zur Rechtfertigung und propagandistischen Stärkung einer bestimmten Politik im deutschen Westen auszuschlachten. Man hat behauptet, der 17. Juni rechtfertige den gegenwärtigen Bundeskanzler und bestätige gewisse außenpolitische Thesen, die im Westen umstritten sind.⁴³ Wer so argumentiert, mißbraucht die Opfer des Freiheitskampfes.

Die soziale und nationale Erhebung in Mitteldeutschland galt im Kern der widernatürlichen Spaltung Deutschlands. Daraus ergibt sich, daß dem Kampf um die Wiedervereinigung auf dem Boden der Freiheit der Vorrang gebührt vor allen sonstigen Vorhaben, die im Zusammenhang mit der deutschen Frage erörtert worden sein mögen.

Nr. 3

Aus einem Artikel des Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten Brandt für die IG Metall-Mitgliederzeitschrift *Der Gewerkschafter* im Herbst 1953

Willy Brandt, Der 17. Juni 1953 – Die geschichtliche Bedeutung des Arbeiteraufstandes gegen Diktatur und für Freiheit und Einheit, in: Der Gewerkschafter 1 (1953), Nr. 3/4, S. 15–25.

Der 17. Juni 1953 – Die geschichtliche Bedeutung des Arbeiteraufstandes gegen Diktatur und für Freiheit und Einheit

Der 17. Juni 1953 bedeutet keinen Abschluß, sondern die Einleitung eines neuen Abschnitts im Ringen um die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit. Die Erhebung der Arbeiter in Ost-Berlin und in der sowjetischen Besatzungszone ließ die ganze Welt aufhorchen. Die breitesten Schichten der mitteldeutschen Bevölkerung haben bewiesen,

⁴³ *Konrad Adenauer* (1876–1967), 1949–1963 Bundeskanzler, 1950–1966 Bundesvorsitzender der CDU. Adenauer verfolgte gegen heftigen Widerstand der SPD in den fünfziger Jahren die militärische Westintegration der Bundesrepublik Deutschland, die 1955 mit dem NATO-Beitritt vollzogen wurde und dem westdeutschen Teilstaat die bedingte Souveränität verschaffte. Diese so genannte „Politik der Stärke“ gegenüber der Sowjetunion sah der Kanzler als zwingende Voraussetzung für die Wiedervereinigung Deutschlands an, während die SPD damals

daß sie für die Freiheit große Opfer zu bringen bereit sind. Das Blut der Arbeiter ist dafür geflossen, daß Deutschland auf dem Boden der Freiheit wieder vereinigt, daß es ein wahrhaft demokratisches Deutschland werde.

[...]

Die einzig angemessene Ehrung derer, die als friedliche Demonstranten erschossen und niedergewalzt oder als Geiseln hingerichtet wurden, liegt jedoch in der Mahnung und Bereitschaft zum Kampf. Der deutsche Westen und die ganze freie Welt müssen aufgerüttelt werden zum energischen Wirken für die deutsche Einheit. Die streikenden und demonstrierenden Arbeiter haben nicht kapituliert, aber man hat sie durch neuen Terror mundtot machen wollen. Es ist daher am deutschen Westen und an der freien Welt – und vor allem an der Arbeiterbewegung –, für diejenigen mitzusprechen, die man zum Schweigen verurteilen will.

Es ist davon gesprochen worden, das unmittelbare Ziel der Ost-Berliner und die mitteldeutschen Arbeiter hätten eine schwere Niederlage erlitten. Nichts ist falscher als eine solch oberflächliche Beurteilung der Ereignisse. Die Arbeiter haben in Wirklichkeit einen bewundernswerten Erfolg errungen. Sie haben jenes Ziel erreicht, das durch eine spontane Erhebung unter den gegebenen Machtverhältnissen überhaupt erreicht werden konnte.

Erstens: Das unmittelbare Ziel der Ost-Berliner Bauarbeiter und derer, die ihrem Beispiel folgten, wurde schon als Ergebnis der Demonstrationen vom 16. Juni erreicht, also sogar noch am Tage vor der eigentlichen Massenaktion. Die Regierung der Sowjetzone widerrief die kurz zuvor befohlene Erhöhung der Arbeitsnormen. Sie hat seitdem ein weiteres Eingehen auf wirtschaftliche und soziale Forderungen der Arbeiter angekündigt; sie hat es in einigen Fällen auch verwirklicht.

Zweitens: Die Arbeiter Ost-Berlins und der Zone haben dann nicht mehr nur für ihre unmittelbaren Forderungen gestreikt und demonstriert. Sie haben den Rücktritt der arbeiterfeindlichen und volksfeindlichen russischen Marionetten-Regierung Grotewohl⁴⁴-Ulbricht⁴⁵ verlangt. Sie konnten feststellen, daß die Macht binnen weniger Stunden auf der Straße lag. Vor aller Welt wurde die völlige Isolierung der herrschenden Clique vom

befürchtete, mit der militärischen Westintegration der Bundesrepublik würde die Wiedervereinigung auf Dauer verhindert.

⁴⁴ *Otto Grotewohl* (1894–1964), 1949–1964 Ministerpräsident der DDR.

arbeitenden Volk bewiesen. Mehr konnte nicht erreicht werden, nachdem die Panzer der Sowjetarmee aufgeboden wurden, das machtpolitische Vakuum auszufüllen.

Und drittens: Die Arbeiter im Osten überwandern im Nu das Gefühl der Furcht und der Vereinsamung. Sie fühlten sich wieder im Besitz der Stärke, die in der Gemeinschaft und Solidarität begründet ist. Dadurch wurden – über den Tag hinaus – neue bewußtseinsmäßige Tatsachen geschaffen. Die weitere Entwicklung hat bereits gezeigt, daß dem gestärkten Selbstbewußtsein und Machtbewußtsein auch mit den Mitteln des Terrors schwer beizukommen ist.

Die mitteldeutsche Bewegung ist „im Handumdrehen“ über die anfänglichen, auf die unmittelbaren Nöte bezogenen Forderungen hinausgewachsen. Die Losungen der Arbeiter wurden überall und sogleich vom wirtschaftlichen und sozialen Bereich auf das politische Gebiet ausgeweitet. Die zentralen Forderungen waren überall: Freie Wahlen! Deutsche Einheit in Freiheit!

Dieser Inhalt der Erhebung des 17. Juni ist von internationaler Bedeutung und stellt nationalpolitisch einen Faktor von außerordentlichem Gewicht dar. Es wäre jedoch abwegig, wollte man den Aufstand der mitteldeutschen Arbeiter allein als ein verzweifertes Verlangen nach nationaler Freiheit betrachten. Er enthält zugleich – ebenso wie die fast gleichzeitigen Aktionen der Arbeiter in der Tschechoslowakei – das Verlangen nach sozialer Befreiung vom Joch derer, die der Ausbeutung den Mantel eines schmachvoll mißbrauchten „Sozialismus“ umgehängt haben. Diesen Doppelcharakter gilt es, vor Augen zu haben, um zu einer richtigen Wertung dessen gelangen zu können, was sich um den 17. Juni abgespielt hat.

[...]

Der 17. Juni hat gezeigt, daß revolutionäre Massenbewegungen – getragen von den Arbeitern als der stärksten und organisationsfähigsten gesellschaftlichen Kraft – auch unter den Bedingungen des Totalitarismus zur Entfaltung kommen können, allerdings unter ganz besonderen Voraussetzungen. Die SED-Herrschaft hatte eben keine wirkliche Massenbasis. Der Abstand zwischen den Massen der Bevölkerung und den Regierungen hatte das für eine spontane Erhebung erforderliche Höchstmaß angenommen. Lediglich die zeitbedingte und „stellvertretende“ Gewalt der Besatzungsmacht hinderte die Massenbewegung an dem ihr sonst beschiedenen vollen Erfolg.

⁴⁵ *Walter Ulbricht* (1893–1973), seit 1950 Generalsekretär der SED und 1953–1971 Erster Sekretär des ZK der SED.

Arbeiter und Nation

Viel Verständnisloses und manches Böse war in den vergangenen Jahren über die Arbeiter der Sowjetzone gesagt worden. Manche hatten ihnen, die sich nicht wehren konnten, andichten wollen, sie stünden in beträchtlicher Zahl tatsächlich und innerlich hinter der Führung der SED. Hier und da wurde die Mär verbreitet, der mitteldeutsche Arbeiter habe willenlos seinen Nacken unter das Joch der neuen Diktatur gebeugt. Die Rolle der Arbeiterschaft im Widerstand gegen die Sowjetisierung wurde vielfach absichtlich herabgesetzt.

Diese falsche Bewertung der Vorgänge in der Sowjetzone ging von denselben Kreisen aus, die nicht wahrhaben wollten, daß es die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung war, die den Einfluß des Kommunismus im deutschen Westen auf ein Minimum reduzierte und damit einen der entscheidenden Erfolge im „kalten Krieg“ erzielte. Diese Kreise wußten nicht oder wollten nicht wissen, daß die deutsche Arbeiterbewegung in den Gebieten der heutigen Sowjetzone ihre stärkste Verankerung gehabt hat. Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Brandenburg und Mecklenburg waren traditionelle Hochburgen der deutschen politischen und der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung.

[...]

Die kühne Massenerhebung hat dem törichtem Gerede über die mitteldeutschen Arbeiter ein Ende bereitet. Die Arbeiter haben sich nicht nur als Kämpfer für Freiheit und Demokratie bewährt, sie haben sich an die Spitze des Kampfes um persönliche, soziale und nationale Freiheit gestellt.

Die Arbeiterschaft hat in den großen revolutionären Krisen immer wieder ihr eigenes, unmittelbares und soziales Programm mit solchen Forderungen verknüpft, die dem Interesse der gesamten Nation entsprechen. Das gesellschaftliche Gewicht der Arbeiterschaft ist auch am 17. Juni von der Bevölkerung als ausschlaggebender politischer Faktor erkannt worden. Schon in Ost-Berlin gesellten sich Studenten zu den Bauarbeitern. Leitende Angehörige der technischen Intelligenz saßen vielfach mit den Betriebsarbeitern in den Streikleitungen. Delegationen von Bauern und selbständigen Handwerkern bekundeten den Arbeitern ihre volle Sympathie.

Nichts wäre kurzsichtiger, als in den Männern und Frauen des 17. Juni nur „die Masse“ sehen zu wollen, die zum Demonstrieren gerade gut genug ist, der man aber die Fähigkeit zur selbständigen Mitgestaltung und Neugestaltung nicht zuerkennen will.

Die Zone will mehr als „Anschluß“

Die Forderungen, die am 17. Juni in Hunderten von Betrieben unabhängig voneinander formuliert wurden, lassen sich leicht auf e i n e n Nenner bringen. Es ist insbesondere nicht von der Hand zu weisen, daß man sich überall auf die Forderung nach freien Wahlen, nach der deutschen Einheit in Freiheit, konzentrierte. Daraus darf nicht gefolgert werden, die Arbeiter und die Bevölkerung hätten lediglich für den „Anschluß“ der Sowjetzone an das westliche Bundesgebiet demonstrieren wollen. Davon kann keine Rede sein, so sehr gewiß der einzelne die Lebensbedingungen im deutschen Westen denen im SED-Bereich vorziehen würde. Die allgemeine Vorstellung geht jedoch nicht dahin, daß die Zone einfach angegliedert, sondern daß die Existenz eines wiedervereinigten Deutschland neu begründet wird.

[...]

Die SED-Führer waren bestrebt, das Geschehene möglichst zu bagatellisieren. Sie verwickelten sich dabei in allerlei Widersprüche. Einerseits sprach Ulbricht von einem „Familienstreit, der die Feinde des Volkes im Westen einen Dreck angeht“. Andererseits erklärte Grotewohl: „Die Schuld an diesen Zuständen tragen wir“ – und wunderte sich vielleicht, daß er mit diesen Worten stürmischen Beifall erntete. Einerseits sprach man von einer verständlichen Mißstimmung der Arbeiterschaft, und Grotewohl versprach, daß keine Massenrepressalien ergriffen würden. Andererseits kündigte man die schärfsten Maßnahmen gegen die „faschistischen Provokateure“ und gegen die „Berufsverbrecher, Kuppler und Strolche“ an, von denen es hieß, sie hätten das Bild des 17. Juni beherrscht. Einerseits sagte Ulbricht, im „Arbeiterstaat“ dürfe es keine Streiks geben. Andererseits ließ man [...] erklären, das Streikrecht sei in der Sowjetzone „verfassungsmäßig garantiert“, und die Angehörigen der Streikleitungen würden „für ihre Tätigkeit als Mitglieder der Streikleitung nicht bestraft“.

Das Zentralkomitee der SED – in dessen Reihen sich neue und ernste Zersetzungerscheinungen bemerkbar machten – gab am 21. Juni [1953] weitere Maßnahmen „zur Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung“ bekannt. [...] Diese und ein paar andere Korrekturen der bisherigen Politik ließen jedoch keine Bereitschaft zu einer grundsätzlichen Kursänderung erkennen. [...]

Die große offene Frage blieb zunächst, welche Folgerungen die sowjetische Politik aus den Juni-Ereignissen ziehen würde. Eine Änderung des Anfang Juni eingeleiteten

„neuen Kurses“⁴⁶ schien nicht beabsichtigt zu sein. Andererseits sprachen die Moskauer Stellen von einer „faschistischen Provokation“, und sie solidarisierten sich in auffälliger Weise gerade mit d e n j e n i g e n SED-Leuten – vor allem Ulbricht –, die in ganz besonderer Weise den Haß der Arbeiter auf sich gezogen hatten. Den Lenkern der sowjetischen Politik kam es offenbar darauf an, die schwer mitgenommene Position der Zonenregierung und SED-Führung wieder einigermaßen zu festigen. Diesem Zweck diene auch die Einladung einer sowjetzonalen Regierungsdelegation nach Moskau im August. Die dort gemachten Versprechungen und die übrigen Reaktionen des Kreml auf die Juni-Bewegung müssen sicherlich im Zusammenhang mit den sowjetischen Deutschland-Noten gesehen werden. Der Kreml möchte zumindest den S c h e i n einer Stabilisierung seiner Zonenherrschaft hergestellt haben, bevor er seine Vertreter zu Verhandlungen mit den Westmächten über die deutsche Frage schickt.⁴⁷

„Generallinie“ bleibt

Auf der Sitzung des Zentralkomitees der SED Ende Juli [1953] mußte Grotewohl zugeben, daß der Partei- und der Staatsapparat während der bewegten Junitage weitgehend

⁴⁶ Der Kreml hatte Anfang Juni 1953 der SED den so genannten „Neuen Kurs“, der die harte Sowjetisierungspolitik vom Vorjahr teilweise revidierte, aufgenötigt. Umstritten ist, ob der „Neue Kurs“ eine grundsätzliche Wende in der sowjetischen Deutschlandpolitik hin zu einem demokratischen wiedervereinigten Deutschland bedeutete oder als Maßnahme zur Stabilisierung des Sozialismus in der DDR gedacht war. In diesem Zusammenhang wird bis heute die These kontrovers diskutiert, ob der sowjetische Geheimdienstchef und Schwiegersohn Stalins, *Berija* (1899–1953), einen Plan für die Wiedervereinigung Deutschlands verfolgte und entschlossen war, die DDR aufzugeben und den Sozialismus zu „verraten“, wie es ihm seine Gegner im Kampf um die Nachfolge Stalins später vorwarfen. Als *Berija* am 10. Juli 1953 überraschend gestürzt wurde, nutzte jedenfalls *Walter Ulbricht* die Gunst der Stunde, um mit seinen innenpolitischen Gegnern in der SED abzurechnen und seine erschütterte Machtposition wieder zu festigen. Staatssicherheitsminister *Wilhelm Zaisser* (1893–1958) und Politbüromitglied *Rudolf Herrnstadt* (1903–1966), denen vorgehalten wurde, sie hätten mit *Berija* gemeinsame Sache gemacht, wurden entmachtet und 1954 aus der SED ausgeschlossen. Die These vom Zusammenwirken *Zaisers* und *Herrnstadts* mit *Berija* hält *Wettig* indes für „in keiner Weise überzeugend“. Vgl. *Gerhard Wettig*, *Berijas deutsche Pläne im Licht neuer Quellen*, in: *Christoph Kleßmann/Bernd Stöver* (Hrsg.), 1953 – Krisenjahr des Kalten Krieges in Europa, Köln 1999, S. 49–69.

⁴⁷ Nach einem intensiven Notenwechsel zwischen den Westmächten und der Sowjetunion wurde nach fast fünfjähriger Pause wieder eine Außenministerkonferenz der vier Siegermächte einberufen, die im Januar und Februar 1954 in Berlin tagte, jedoch keinerlei Fortschritte in der deutschen Frage erbrachte.

gelähmt worden sei. Die SED-Führung mußte auch eingestehen, daß sie durch das Eingreifen der *s o w j e t i s c h e n B e s a t z u n g s m a c h t* gerettet worden sei.

Andererseits wurde die Verfälschung dessen, was sich wirklich abgespielt hatte, immer weiter getrieben, und die Verhöhnung der Arbeiter nahm immer krassere Formen an. Es hieß, „der Feind“ habe unter allen Umständen den „neuen Kurs“ unterbinden wollen. Die Provokationstheorie wurde zu einer Theorie über eine vom Westen beabsichtigte „Kriegsbrandstiftung“ ausgebaut. Allen Ernstes behauptete man, westdeutsche Politiker hätten sich am 17. Juni nach West-Berlin begeben, um beim geplanten Ausbruch eines neuen Krieges zugegen zu sein.

Die ursprünglichen, stark „selbstkritischen“ Stellungnahmen zum 17. Juni wurden rasch abgebremst. In der Folge bezog sich die Kritik nur noch auf die Handhabung der Normenfrage und auf ein „zu rasches Tempo“ der Wirtschaftspolitik. Im übrigen lautete die Parole, daß sich die SED nicht in eine „Büßergemeinde“ verwandeln dürfe. Im Gegenteil, es komme darauf an, daß der Feind mit Stumpf und Stiel ausgerottet werde.

[...]

Die entscheidende Lehre

Die Ost-Berliner und die mitteldeutschen Arbeiter haben ohne Waffen eine wichtige Schlacht für die Freiheit geschlagen. Sie haben den kommunistischen Zerstörern der freien Arbeiterbewegung einen tödlichen Schlag versetzt. Sie haben das Vertrauen der freien Welt zu den demokratischen Kräften im deutschen Volk gefördert. Sie haben aber auch einen erschütternden Appell an den deutschen Westen und die ganze Welt gerichtet.

Diesem Appell werden Bekundungen der Sympathie allein nicht gerecht, so wichtig es für die Bevölkerung ist, zu wissen, daß sie von ihren Landsleuten im deutschen Westen und von der freien Welt verstanden wird.

Die Erhebung der mitteldeutschen Arbeiter, der Aufschrei der 18 Millionen verpflichtet zu größtmöglicher materieller und ideeller Hilfe. Wenngleich in der Bundesrepublik die Verbundenheit mit den Opfern und Kämpfern des 17. Juni – vor allem auch durch die Arbeiterbewegung – auf vielfältige Weise bekundet worden ist, so bleibt doch viel zu tun, bevor dem Gebot der Solidarität auch nur einigermaßen entsprochen ist.

[...]

Die Kämpfer und die Opfer des 17. Juni mahnen zur Aktivität, zur Zielklarheit und Entschlossenheit im Ringen um die Einheit Deutschlands in Freiheit, Frieden und sozialer Gerechtigkeit!

Nr. 4

Rede des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Brandt, vor dem Schöneberger Rathaus zum Tag der deutschen Einheit am 17. Juni 1958

Presse- und Informationsamt des Landes Berlin, Nr. 137, 17. Juni 1958.

Ein Tag des Gedenkens, der Mahnung und der Besinnung

Berlinerinnen und Berliner,
Freunde aus Ost und West!

Namens des Senats und des Abgeordnetenhauses heisse ich Sie, die Sie sich hier vor dem Schöneberger Rathaus versammelt haben, herzlich willkommen, und ich grüsse alle, die an den Rundfunkgeräten sitzen. Mein besonderer Gruss gilt den Mitbürgern aus dem Ostsektor und den Freunden aus der Zone, den Angehörigen der Opfer des 17. Juni und denen, die als politische Gefangene für uns durch die Zuchthäuser gingen und nun wieder bei uns sind. Mein Gruss gilt den unter uns weilenden Abgesandten des Deutschen Bundestages, mit unserem Ehrengast Dr. Gerstenmaier⁴⁸ an der Spitze. Ich danke den westdeutschen Städten, die uns telegrafisch – oder wie die Bayern heute vormittag durch eine Delegation – versichert haben, dass sie fest mit uns zusammenstehen. In tiefer Dankbarkeit grüsse ich den Ausschuss des Europarates, mit Vertretern aus England, Frankreich, Italien, aus Österreich, Holland und Luxemburg, aus Dänemark, Island, Norwegen, Schweden und aus der Türkei. Sie sind gekommen, um an diesem Tage ihrer Verbundenheit Ausdruck zu geben, und das rechnen wir ihnen hoch an.

Der 17. Juni, meine Freunde, ist kein Feiertag im landläufigen Sinne des Wortes. Er ist zunächst ein Tag der Trauer – der Trauer um die Opfer der Gewaltherrschaft – der Trauer darüber, dass Bruder noch immer vom Bruder getrennt ist. Wir haben einen zusätzlichen Grund zum Trauern, denn ausgerechnet heute hat man die kalte, brutale, em-

pörende Nachricht bekanntgegeben, dass Ministerpräsident Imre Nagy⁴⁹ und General Pal Maleter⁵⁰ in einem Geheimprozess zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden. Wir wollen der Toten und der Eingekerkerten während einer Minute des Schweigens gedenken.

Dieser Tag soll ein Tag des Gedenkens sein und der Mahnung – der Besinnung darauf, dass nackte Gewalt auf die Dauer noch niemals Bestand gehabt hat – der Besinnung aber vor allem auch auf die eine grosse Aufgabe unseres Volkes, die noch immer ungelöst ist, – die wir lösen wollen, und die wir lösen werden!

Wir wollen miteinander bekunden, dass wir Berliner den 17. Juni und dass wir auch Ungarn nicht vergessen haben. Wir haben nicht vergessen die streikenden Bauarbeiter der Stalinallee – nein, der Frankfurter Allee, wie sie für uns noch immer heisst. Wir haben nicht vergessen die Henningsdorfer⁵¹ und all die anderen, die heute vor fünf Jahren aufgestanden waren, überall in der uns umgebenden Zone. Wir werden nicht vergessen das leidenschaftliche Aufbegehren gegen die Knechtung und gegen die Spaltung.

Heute vor fünf Jahren sprach der Ostsektor, sprach die Zone – und sie werden wieder zu Wort kommen! Heute müssen wir für den Sektor und die Zone sprechen – Schande käme über uns, wenn wir es nicht täten. Wir versprechen unseren Mitbürgern, unseren Landsleuten, dass wir uns nie von ihnen trennen lassen werden, dass wir uns niemals abfinden werden mit dem Zustand widernatürlicher Zerklüftung.

Was weiter ist der Sinn dieses Tages? Heute sollen die Gewissen derer wieder wacherüttelt werden, die denkfaul und müde und reichlich satt geworden sind. In unserem Volke gibt es allzu viele, die allzu wenig an die eigentlichen Aufgaben denken, und die sich in den Selbstbetrug hineingelebt haben, als sei alles wieder ganz schön normal. Gewiss, hinter uns liegt – im deutschen Westen und im freien Berlin – ein grosses Werk des Neuaufbaues. Darauf dürften wir stolz sein, auch wenn wir manches anders gewünscht hätten. Aber den Selbstbetrug machen wir hier nicht mit. Denn hier wissen wir:

⁴⁸ *Eugen Gerstenmaier* (1906–1986), Bundestagspräsident 1954–1969.

⁴⁹ *Imre Nagy* (1896–1958), 1953–1955 und während des Ungarn-Aufstands 1956 ungarischer Ministerpräsident.

⁵⁰ *Pal Maleter* (1917–1958), ungarischer Freiheitskämpfer während des Aufstands 1956, im November 1956 von *Nagy* zum Generalmajor befördert und zum Verteidigungsminister ernannt.

⁵¹ Am Morgen des 17. Juni 1953 marschierten 12.000 Henningsdorfer Stahlarbeiter und 16.000 Arbeiter der Reichsbahnunion Velten – trotz strömenden Regens – stundenlang von Henningsdorf durch die West-Berliner Arbeiterbezirke Wedding und Reinickendorf bis in die Ost-Berliner Innenstadt.

Deutschland als Ganzes befindet sich nicht im Zustand der Normalisierung, sondern in Deutschland herrscht der Volksnotstand.

Es steht nicht gut um die Lösung der deutschen Frage, und in den hinter uns liegenden Jahren haben sich die Dinge in der Welt nicht zum Besseren gewandelt. Und dennoch dürfen wir uns nicht einreden lassen, wir seien zu schwach und wir müssten resignieren. Dieses Berlin, das sich vor nunmehr zehn Jahren dem Würgegriff der Blockade⁵² ausgesetzt sah, hat gezeigt, was Zielklarheit, unbeirrbares Zusammenstehen und ein unbeugsamer Wille zu erreichen vermögen. Die deutsche Frage kann nur im Zusammenwirken mit den dafür verantwortlichen Mächten und im Zusammenhang mit weltpolitischen Entwicklungen geregelt werden. Aber es gibt keine Lösung ohne die Deutschen selbst, ohne Vertrauen zur eigenen Kraft.

Es ist nicht wahr, dass wir allein stünden. Wir haben starke und zuverlässige Freunde. Mit ihnen gemeinsam wollen wir unser Recht auf Selbstbestimmung erringen. Mit ihnen wollen wir immer wieder nach Wegen Ausschau halten, auf denen wir unser Ziel erreichen können – der Menschen wegen, unseres Volkes wegen, aber in der festen Überzeugung, dass wir damit zugleich dem Frieden dienen. Und das Volk von Berlin hat wahrlich genug von der Zerstörung. Es will den friedlichen Ausgleich nach allen Seiten.

Sie werden sicher damit einverstanden sein, dass wir auch hier in Berlin eine Anregung des Kuratoriums Unteilbares Deutschland⁵³ aufgreifen und uns mit einem eindringlichen Appell an die Botschafter der vier Mächte Frankreich, Grossbritannien, Sowjetunion und Vereinigten Staaten wenden. In diesen Telegrammen wollen wir die Botschafter bitten, ihren Regierungen zu sagen, dass die Berliner unerschütterlich sind in ihrem Willen zur Wiederherstellung der staatlichen Einheit. Wir wollen sie nachdrücklich bitten, ihre Regierungen wissen zu lassen, dass die deutsche Frage nicht ausgeklammert werden darf, sondern dass sie im gemeinsamen Interesse ausgepackt werden muss im Zusammenhang mit den lebenswichtigen Fragen der internationalen Sicherheit. Hier muss – ich wiederhole es immer wieder – sinnvoll zusammengefügt werden, was sinnlos auseinandergerissen wurde.

⁵² Die sowjetische Blockade der Westsektoren Berlins dauerte vom 24. Juni 1948 bis 12. Mai 1949.

⁵³ Vgl. Anm. 20.

Es ist auch nicht wahr, dass das Zonenregime so unempfindlich wäre, wie es sich gibt. Das Gespenst des Unabhängigkeitsstrebens geht um, und es wird auch durch Todesurteile nicht verscheucht werden können. Vor wenigen Monaten noch sah Ulbricht sich diesem Gespenst in der eigenen Partei gegenüber.⁵⁴ Vor wenigen Tagen erst musste er einen halben Rückzug vor den Wissenschaftlern antreten, die in zunehmender Zahl mit den Füßen gegen ihn abgestimmt hatten. Jetzt dürfen wir nicht locker lassen, sondern wir müssen den moralischen Druck verstärken. Es wird Rückschläge geben, aber die Forderung nach Meinungsfreiheit, nach Freiheit des Glaubens, nach Rechtssicherheit darf nicht mehr verstummen.

Gestern haben wir zehn Fragen an die Verwaltung des Ostsektors gerichtet.⁵⁵ Wir wollten ihr vierzehn Tage Zeit lassen – aber schon am Abend kam die Antwort aus dem Sekretariat des Herrn Ebert.⁵⁶ Darin steht, unser Schreiben sei „in Form und Inhalt ungehörig“. Nun, über Formfragen lässt sich reden, wenn man dadurch etwas erreicht. Auf den Inhalt kommt es an. Da möchte ich nun gerne wissen:

War es etwa ungehörig, dass wir die Fragen nach der Freilassung der noch immer eingekerkerten Verurteilten des 17. Juni gestellt haben? War es etwa ungehörig, die Frage zu stellen nach Reiseerleichterungen für Westberliner in die Zone und für Ostsektoraner in die Bundesrepublik? War es etwa ungehörig, die Frage aufzuwerfen, warum 40.000 Kleingärtner und Siedler seit sechs Jahren am Betreten und an der Nutzung ihrer Grundstücke gehindert werden? War es etwa ungehörig, die Frage nach den politischen Massregelungen in den Ostberliner Betrieben zu stellen – oder nach den entwürdigenden Handtaschenkontrollen? War es etwa ungehörig, unsere Bereitschaft zu erklären zum gesamtberliner Telefon-, Strassenbahn- und Omnibusverkehr, zur gemeinsamen Lösung von städtebaulichen Fragen, oder zum freien Vertrieb von Zeitungen in ganz Berlin?

⁵⁴ Im Februar 1958 hatte sich *Ulbricht* gegen eine innerparteiliche Oppositionsgruppe in der SED um *Karl Schirdewan* (1907–1998), *Ernst Wollweber* (1898–1967) und *Fred Oelssner* (1903–1977), die den stalinistischen Kurs Ulbrichts ablehnten und für die Wiedervereinigung Deutschlands eintraten, durchgesetzt. Die drei Genannten wurden aus dem Politbüro der SED entfernt.

⁵⁵ Das Schreiben des Senats von Berlin an die „Verwaltung des Ostsektors von Berlin“ und die Antwort des Ost-Berliner Magistrats sind abgedruckt in: *Dokumente zur Deutschlandpolitik III. Reihe, Band 4: 1. Januar bis 9. November 1958*, bearbeitet von *Ernst Deuerlein* und *Gisela Biewer*, Frankfurt a. M./Berlin 1969, S. 1254–1256.

⁵⁶ *Friedrich Ebert* (1894–1979), SED-Politiker, 1948–1967 Oberbürgermeister von Ost-Berlin.

Nein, das alles ist gewiss nicht ungehörig. Bedrückend und beschämend ist jedoch, wie kaltschnäuzig man sich drüben wieder einmal über den Wunsch der Bevölkerung hinweggesetzt und eine Chance zur Erleichterung des Lebens in Berlin zunichte gemacht hat.

Wir werden uns jedoch nicht davon abbringen lassen, die menschlichen, die kulturellen und geistigen Verbindungen zwischen den Menschen in beiden Teilen der Stadt und in beiden Teilen Deutschlands zu pflegen und zu festigen. Hier kann jeder von uns im täglichen Leben seinen Beitrag leisten. Und hier behält Berlin seine grosse Aufgabe als lebendige Brücke zwischen den Menschen und als Beispiel friedlichen Aufbaus, als gesamtdeutsche Drehscheibe, von der aus etwas bewegt und verändert werden kann. Darum auch am heutigen Tag der Ruf an unsere Freunde: helft uns weiter voran, denn hier in Berlin wird für das ganze Deutschland gearbeitet, und hier wird allen deutlich gemacht, dass wir uns nicht mürbe machen und nicht klein kriegen lassen.

Und noch ein Wort, bevor der Herr Bundestagspräsident zu uns spricht: wir wehren uns in Berlin dagegen, dass wir noch einmal zerklüftet werden. Auch bei uns gehen die Meinungen zuweilen weit auseinander. Aber wo es um die grossen Aufgaben geht und um unsere Verpflichtung gegenüber dem Teil unseres Volkes, der den Krieg wahrlich nicht allein verloren hat, wollen wir weiterhin an einem Strang ziehen.

Das lasst uns einander geloben. Und unseren Freunden aus West und Ost lasst uns die Überzeugung mit auf den Weg geben, dass Berlin treu und unbeirrbar bleiben wird und dass es an der Spitze bleiben wird in unserem gerechten Ringen um Freiheit und Frieden, um Einheit und Recht.

Nr. 5

Artikel des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Brandt, für die *Berliner Stimme* vom 15. Juni 1963

Berliner Stimme, Nr. 24, 15. Juni 1963, S. 1.

10 Jahre danach

Am 17. Juni 1963 jährt sich zum zehnten Male der Tag, an dem die mitteldeutsche Bevölkerung durch ein spontanes Aufbegehren versuchte, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Aber sie konnte es, wie die Dinge lagen, nicht entscheidend wenden. Der Juni-Aufstand leitete im Ostblock eine Entwicklung ein, die sich – wie die ungarische Oktober-Revolution und die politischen Veränderungen in Polen 1956 zeigten – zwischen revolutionären Erschütterungen und politischen Reformen bewegt. Die Zone ist bis heute der schwächste und rückständigste Außenposten des sowjetischen Einflußgebietes in Europa geblieben.

Der Juni-Aufstand war die offene, die Massenflucht der mitteldeutschen Bevölkerung bis zum 13. August 1961 die stille Revolte der Zonenbevölkerung gegen den kommunistischen Versuch, auf deutschem Boden eine „Volksdemokratie“ zu errichten. So wie die Sowjetunion im Juni 1953 ihre Panzer als letztes Mittel einsetzte, um ihre Position in Deutschland zu behaupten, so entschied sie sich im August 1961 für die Mauer, weil sonst ihre Herrschaft über den von ihr okkupierten Teil Deutschlands zusammengebrochen wäre.

Aber ebensowenig wie die Sowjetunion nach dem 17. Juni den militärischen Ausnahmezustand aufrechterhalten konnte, ebensowenig wird sie in der Lage sein, den durch die Mauer geschaffenen politischen Ausnahmezustand in der Zone auf die Dauer beizubehalten. Die Sowjets werden weiter zur Kenntnis nehmen müssen, daß sie den von ihnen besetzten Teil Deutschlands nicht lebensfähig in ihren Machtblock integrieren können.

Die Deutschen in der Zone sind nicht bereit, sich mit der Diktatur abzufinden, nicht bereit, sich die Sehnsucht nach der gemeinsamen Heimat aus dem Herzen reißen zu lassen. Die Teilung Deutschlands und die zusätzliche Spaltung der deutschen Hauptstadt

bleiben weiterhin so lange eine Quelle permanenten Unfriedens, solange die deutsche Frage nicht in Übereinstimmung mit dem Recht auf Selbstbestimmung gelöst wird.

Der Kampf um dieses Selbstbestimmungsrecht für alle Deutschen geht weiter. Wir, die wir im freien Teil Deutschlands leben, werden ihn um der Demokratie willen nie aufgeben. Die Männer und Frauen des Aufstandes vom 17. Juni haben den Zusammenhang von Demokratie und Wiedervereinigung hergestellt, als sie freie Wahlen, den Rücktritt der Zonenregierung und die ökonomische Sicherung für ein menschenwürdiges Leben verlangten. Wer nicht will, daß sich die damalige Alternative wiederholt, der muß bemüht sein, daß die Grundursache dafür, nämlich die deutsche Spaltung, durch eine Politik, die zur Wiedervereinigung führt, Schritt um Schritt beseitigt wird.

Die Welt weiß seit dem Juni 1953, daß die sowjetischen Divisionen die deutsche Teilung garantieren. Nur wenn es gelingt, diese Divisionen aus Deutschland zu bringen beziehungsweise zunächst zur Nichtintervention zu bewegen, wird es zur Wiedervereinigung kommen. Die Voraussetzungen für eine solche Politik sind schwieriger geworden.

Es gilt danach, alle Beteiligten geduldig davon zu überzeugen, daß es nicht nur ein menschliches und nationales, sondern auch ein europäisches und friedensbewahrendes Interesse an der Lösung der deutschen Frage gibt. Die Deutschen selbst werden keine Ruhe geben, solange jeder vierte von ihnen in einem großen Gefängnis hinter Mauern und Stacheldraht eingesperrt gehalten wird.

Nr. 6

Aus der Regierungserklärung des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland, Brandt, vor dem Deutschen Bundestag am 17. Juni 1970

Bundeskanzler Brandt, Reden und Interviews [vom 28. Oktober 1969 bis 23. Juli 1970], hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, [Bonn 1970], S. 280–285.

[...]

Die schmerzliche Erinnerung an den 17. Juni 1953 verdient aus verschiedenen Gründen wachgehalten zu werden. Sie verdient auch von dem sonst Umstrittenen ausgenommen zu werden. Über die Jahre hinweg haben wir gerade an diesem Tag den Willen unseres Volkes zur Einheit und zur Freiheit bekundet. Es besteht keine Veranlassung, dies heute

nicht oder weniger nachdrücklich zu tun. Worüber immer wir sonst streiten mögen: Die friedliche Zielsetzung, wie sie in der Präambel zum Grundgesetz niedergelegt wurde, kann nicht zur Diskussion stehen, noch kann sie zur Disposition gestellt werden.

Siebzehn Jahre sind vergangen. Die Menschen in Ostberlin, und nicht nur dort, hatten sich mit ihrem Verlangen nach freien Wahlen so ungestüm zu Wort gemeldet, daß das Regime allein dem nicht gewachsen war. Alle Versuche der Uminterpretierung haben nichts daran ändern können: Der Wunsch nach freien Wahlen war damals mit dem Wunsch nach Einheit gleichzusetzen. Bei uns allen – in den Parteien, die in diesem Hause vertreten sind – dominierte die Hoffnung, daß es den Siegermächten doch noch gelingen werde, den Weg zur staatlichen Einheit Deutschlands freizugeben und daß freie Wahlen der Schlüssel sein würden, mit dem wir – die Deutschen hüben und drüben – das Tor zum gemeinsamen Haus aufschließen könnten.

Aber die elektrisierende Wirkung, die von dem Aufbegehren unserer Landsleute ausging, mischte sich schon damals – wenn wir uns recht erinnern – mit einem Gefühl der Ohnmacht. Das war hier im deutschen Westen nicht anders als in West-Berlin. An unserer Seite als Zuschauer standen die Drei Mächte, mit ihren besonderen Rechten und Pflichten für Deutschland als Ganzes und für Berlin. Das heißt: Unbeschadet aller Bekundungen der Sympathie und/oder der Empörung rangierte die Erhaltung des Friedens schon damals höher als der Wunsch der Deutschen nach nationaler Einheit.

Viele Jahre sind seitdem vergangen. Der Erinnerung an den 17. Juni 1953 haben sich andere, ähnliche Erfahrungen hinzugesellt. Nicht zuletzt die Erfahrung des 13. August 1961, als man begann, mitten durch Berlin die Mauer zu bauen. Spätestens damals ist vielen klargeworden, daß ein Wendepunkt erreicht war. Nicht in dem Sinne, daß Überzeugungen deswegen falsch geworden wären, weil sie an die Grenze harter Machtpolitik stießen. Gewiß aber so, daß das ursprüngliche Konzept – Wiedervereinigung durch freie Wahlen, freigegeben durch eine Übereinkunft der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges – in den harten Gegebenheiten keinen rechten Anhaltspunkt mehr fand.

Rückschauend, so meine ich, erkennen wir eine Linie, die sich immer mehr verfestigt hat und die gleichwohl, auf das politische Kräftespiel bezogen, von beiden Seiten respektiert wurde: die Linie, die mitten durch unser Land geht, die mitten durch Berlin führt, die unseren Kontinent geteilt hat. Es ist eine Linie, die in den siebzehn Jahren, von denen ich spreche, auch dort, wo sie nicht betont wurde, immer tiefer in den

Boden markiert worden ist. Und die politisch zementiert wurde durch die Garantien zweier Paktsysteme und das dahinterstehende Potential zweier Supermächte.

Man hat erkennen müssen – drüben und hüber –, daß es unmöglich ist, aus dem jeweils anderen Gebiet oder Schutzbereich etwas herauszuberechnen. Daß es höchstens möglich ist, durch allgemeine Veränderungen im Ost-West-Verhältnis und durch die schrittweise Verwirklichung einer europäischen Friedensordnung auch der Einheit der Nation näherzukommen.

[...]

Nr. 7

Aus der Regierungserklärung des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland, Brandt, vor dem Deutschen Bundestag am 18. Juni 1973

Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 7. Wahlperiode, Stenographische Berichte, Bd. 83, S. 2490 f.

[...]

Niemand bei uns im Regierungslager täuscht sich, was die politische Seite der Sache angeht, über die Mühsal und über die Langwierigkeit des Prozesses der Entkrampfung im Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten. Aber ich sage hier auch mit allem Bedacht, meine Damen und Herren: Die Regelung der Beziehungen und damit der Grundlagenvertrag war und ist eine deutsche Chance, ob es Herrn Winzer⁵⁷ in Ost-Berlin paßt oder nicht, (Beifall bei den Regierungsparteien) eine Chance für die Bewahrung der nationalen Existenz – nein, der nationalen Substanz, muß man bescheidener ansetzen –, für die Begegnung der Menschen miteinander, für das Überwinden der in den 20 Jahren nach dem 17. Juni 1953 – gestern haben wir wieder dieses Tages gedacht – gewachsenen Entfremdung, wie wir doch zugeben müssen, für eine Ächtung der Friedlosigkeit auch und gerade auch auf deutschem Boden und damit für einen Zustand ohne die Gewaltsamkeit an der Grenze.

[...]

⁵⁷ Otto Winzer (1902–1975), 1965–1975 Außenminister der DDR.

Herr Kollege Carstens⁵⁸, Sie haben sich aus gegebenem Anlaß – das muß ich zugestehen – auch zum 17. Juni geäußert. Ich habe auch dem hohen Pathos mit Respekt gelauscht, (Zurufe von der Mitte) zu dem Sie dieser Gedenktag angeregt hat. Meine Damen und Herren, ich muß [...] doch noch einmal daran erinnern: Es hat sich für mich überhaupt nichts an der Fragestellung geändert, ob es richtig ist, den Gedenktag, an dem zu rühren ich nicht die Absicht hatte und habe, beizubehalten. Wir haben darüber, worauf Herr Kollege Wehner⁵⁹ hingewiesen hat, am Sonnabend [16. Juni 1973] im Präsidium des Kuratoriums Unteilbares Deutschland mit mehreren Ihrer Herren gesprochen. Wir haben gesagt: Das Gespräch wird weiter geführt, und keiner ist auf etwas festgelegt. Aber man hat doch niemand etwas unterstellt, wenn er dort noch einmal die Auffassung vertrat, die wir [in der Großen Koalition] damals gemeinsam vertreten haben. Die Vorlage wurde im April 1968 durch den Kollegen Höcherl⁶⁰ unterzeichnet, nicht weil es sich etwa um eine Sache seines Ressorts gehandelt hätte, sondern weil er damals als dienstältester Minister für den Bundeskanzler⁶¹ unterzeichnet hat. Es war eine Vorlage zu der Frage, ob es nicht richtig sei, den Gedenktag bestehen zu lassen, aber den staatlichen Feiertag nicht an diesem, sondern möglicherweise an einem anderen, noch zu vereinbarenden Tag abzuhalten.⁶²

Gerade wenn darüber früher und noch vor zwei Tagen so sachlich und leidenschaftslos gesprochen worden ist, dann sollten wir nicht hier im Plenum des Bundestages

⁵⁸ *Karl Carstens* (1914–1992), 1973–1976 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 1979–1984 Bundespräsident.

⁵⁹ *Herbert Wehner* (1906–1990), 1969–1983 Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion.

⁶⁰ *Hermann Höcherl* (1912–1989), CSU-Politiker, 1966–1969 Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der Großen Koalition.

⁶¹ *Kurt Georg Kiesinger* (1904–1988), CDU-Politiker, 1966–1969 Bundeskanzler der Großen Koalition.

⁶² Bereits im Februar 1967 hatten sich CDU/CSU und SPD in der Großen Koalition grundsätzlich darauf verständigt, den 17. Juni als gesetzlichen Feiertag zu streichen. Aufgrund heftiger Kritik aus dem Bundestagsausschuss für Gesamtdeutsche und Berliner Fragen stellte das Bundeskabinett aber schon im März 1967 eine formale Beschlussfassung über einen Gesetzentwurf zurück. Nach langen kontroversen Beratungen in den Fraktionen und Ausschüssen beschloss das Bundeskabinett im Februar 1968 einen Gesetzentwurf zur Abschaffung des 17. Juni als Feiertag, was jedoch erneut auf scharfe Kritik im Gesamtdeutschen Ausschuss stieß. Im April 1968 regte das Kabinett nochmals die Abschaffung an. Aufgrund des anhaltenden Widerstands im Parlament kam es aber nie zu einer Abstimmung im Bundestag. Vgl. *Edgar Wolfrum*, *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990*, Darmstadt 1999, S. 249–252.

Fronten aufreißen, wo es bei allem, was umstritten ist, auch einmal möglich wäre, etwas gemeinsam zu erörtern.

[...]

Ich war, wenn Sie diesen Hinweis auch noch erlauben, dem Geschehen in Berlin damals noch etwas näher als mancher andere. Ich bilde mir darauf gar nichts ein. Wir rücken jenen Tag nicht ins Zwielficht und erst recht nicht die Opfer jenes Tages. Wir sehen es in der Tat nicht im Zwielficht eines Pathos, das nichts kostet.

Für uns heißt der Auftrag des 17. Juni: geduldig, hartnäckig das Mehr an Menschlichkeit zu schaffen und es anderen abzurufen, wo es geht, für das damals viele unserer Landsleute mit, wie ich zugebe, größeren Hoffnungen auf die Straße gegangen sind. (Beifall bei den Regierungsparteien.)

Ich fände, es wäre nicht schlecht, wenn wir uns – ich sage es noch einmal – bei allem, was sonst umstritten bleibt, auf den Respekt vor jener gemeinsamen Erklärung einigen könnten, die Vertreter unserer Parteien zum gestrigen 17. Juni vereinbart und herausgegeben haben. Was sind denn solche Texte sonst noch wert – will man uns damit hinters Licht führen? –, wenn am Tage danach diese ganz andere Sprache geführt wird, wie wir sie dazu gehört hatten? (Beifall bei den Regierungsparteien. – Zurufe von der CDU/CSU.) [...]

Nr. 8

Artikel des SPD-Vorsitzenden, Brandt, für die *Berliner Stimme* vom 19. Juni 1981

Berliner Stimme, Nr. 25, 19. Juni 1981, S. 3.

Schwierigkeiten mit einem Gedenktag

Der 17. Juni ist ein schwieriger Gedenktag. Darüber ist schon viel gesagt und diskutiert worden. Und es ist doch klar: Die Ereignisse des Jahres 1953 waren hierzulande keine Zeit der nationalen Erhebung, sondern Tage und Wochen der Ohnmacht. Die Opfer wurden anderen abgefordert. Das verbietet jedes Pathos. Aber es verlangt, daß man eine Beziehung herstellt zwischen den Erfahrungen von damals und der Politik von heute. Dann werden auch Perspektiven für die Zukunft sichtbar.

Zur Erinnerung: Am 17. Juni 1953 erhoben sich im anderen Teil Deutschlands, und zwar in den klassischen Hochburgen der deutschen Arbeiterbewegung, Zehn- und schließlich Hunderttausende von Bürgern. Sie streikten gegen Normenerhöhungen und für eine Verbesserung ihrer sozialen Lage, gegen bürokratische Bevormundung und für politische Mündigkeit. Ihr Aufstand war Ausdruck des Willens der Arbeiterschaft zur sozialen Demokratie. Das bleibt eine wichtige historische Tatsache, zumal in einem Land, dessen Bürgern man nachsagt, daß sie sich nur allzu willfährig mit den „Systemen“ arrangierten.

Doch zugleich hat dieser 17. Juni ebenso wie einige Jahre später der 13. August 1961 unübersehbar gezeigt, daß die deutsche Teilung weder durch Aufstand noch durch die Beschwörung von juristischen Positionen zu überwinden ist. Die Lehre, die die Sozialdemokraten frühzeitig daraus zogen, war: Mit einer Politik der sogenannten Stärke ist weder die Einheit noch der Frieden zu gewinnen. Wir haben in der Regierungsverantwortung nach dieser Erkenntnis gehandelt.

Das ist von den meisten, aber nicht von allen verstanden worden, bis heute nicht. Auch die Opposition tut sich in Teilen noch immer schwer, die rhetorische Schablone des kalten Kriegs endgültig abzulegen. Man braucht nur bei Herrn Dregger⁶³ nachzulesen, der dieser Tage schrieb, man müsse den „kommunistischen Tyrannen“ die Angst vor dem Wunsch der Menschen nach Freiheit und nationaler Einheit erhalten, aber Volksgruppenrechte und Freizügigkeit für die Bürger Osteuropas von ihnen fordern. Das ist die Sprache der 50er Jahre, genauso vollmundig und hohl wie damals.

Sie hat allerdings die politische Entwicklung nicht aufhalten können. Es lohnt, über die Etappen noch einmal nachzudenken: Die Verträge der Bundesrepublik mit den Staaten Osteuropas, die den Westverträgen folgten, bahnten den Weg zum Viermächte-Abkommen über Berlin, das am 3. September vor zehn Jahren unterschrieben wurde und seither die Sicherheit der Stadt und ihrer Bürger garantiert. Das Transit- und Verkehrsabkommen mit der DDR vom Mai 1972 gewährleistet ein vergleichsweise hohes Maß an Freizügigkeit auf den Transitwegen und im Reiseverkehr. Der Grundlagenvertrag vom November desselben Jahres hat die verbindlichen Voraussetzungen für eine Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten geschaffen, wie es auch in einer Reihe von Folgeverträgen zum Ausdruck kommt.

⁶³ Alfred Dregger (1920–2002), 1967–1982 Landesvorsitzender der hessischen CDU, 1982–1991 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Diese Politik hat, allen Rückschlägen zum Trotz, vor allem zweierlei bewirkt:

– Sie hat erstens die Realitäten in Deutschland für die Menschen erträglicher gemacht. Von den Möglichkeiten der Begegnung über die Grenzen hinweg haben in den zurückliegenden Jahren viele Millionen Bürger Gebrauch gemacht. Doch die Chancen der Zusammenarbeit auf allen Gebieten sind noch keineswegs erschöpft. Es erfordert weiterhin Mut und Beharrlichkeit und eine beiderseitige Gesprächsbereitschaft, um auf diesem Weg vorankommen zu können.

– Diese Politik hat zweitens bewirkt, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Regierungen in Deutschland – auch in der nationalen Frage – nicht länger ein Hemmschuh sein müssen für den Abbau von Spannungen und den Ausgleich unterschiedlicher Interessen zwischen Ost und West. Die DDR ist seither aus dem Bemühen, den Frieden auf diesem Kontinent sicherer zu machen, nicht mehr ausgeklammert, und zwar ohne daß ihr – oder uns – Illoyalität gegenüber den Bündnispartnern abverlangt worden wäre.

Es schien über einige Zeit in Vergessenheit geraten zu sein, daß der Grundlagenvertrag die Verpflichtung beider Seiten enthält, alle Anstrengungen zur Abrüstung und Begrenzung der Streitkräfte und Rüstungen in Europa, namentlich auf dem Gebiet der Kernwaffen und anderer Massenvernichtungsmittel, zu fördern. Dazu sind Konsultationen zwischen den Regierungen ausdrücklich vertraglich vorgesehen. Wenn sich die Außenministerien der Bundesrepublik und der DDR dessen erinnern und solche Kontakte für den kommenden Monat vereinbaren, so kann man dies nur nachdrücklich begrüßen, auch wenn niemand konkrete Abmachungen davon erwarten wird. Aber es ist nötig und auch von einigem Gewicht, wenn die beiden deutschen Staaten, ohne sich zu übernehmen, innerhalb ihrer jeweiligen Bündnisse konstruktiv darauf hinwirken, die militärischen Rüstungen in Europa gleichgewichtig auf ein möglichst niedriges Niveau zurückzubringen, ehe sich die Spirale noch um eine weitere Windung nach oben dreht.

Eine solche Politik der aktiven Friedenssicherung, die auf Mäßigung und Vernunft in internationalen Konflikten wie in der internationalen Rüstungspolitik drängt, dient dem Schutz des elementarsten Menschenrechts, sie ist Voraussetzung für das Leben der europäischen Völker – und unseres eigenen Volkes.

Nr. 9

Artikel des SPD-Vorsitzenden, Brandt, für die *Bild-Zeitung* vom 16. Juni 1983

Bild-Zeitung, 16. Juni 1983, S. 1 f.

Wie ich den 17. Juni erlebte

Am 16. Juni '53 war ich, damals stellvertretender Vorsitzender der Berliner SPD, in Bonn im Bundestag. Als die elektrisierenden Meldungen eintrafen von den Bauarbeitern in der Stalinallee – und den vielen, die ihnen spontan folgten –, da gab es nur den einen Wunsch: sofort nach Hause.

Doch das war schneller gedacht als getan. Wir bekamen keine Flugverbindung mehr. So blieben einige Kollegen und ich auf Telefon angewiesen. Erst am 17. Juni kamen wir zurück nach Berlin.

Das massenhafte Aufbegehren wirkte aufrüttelnd. Um so erschütternder war, wie die sowjetischen Panzer aufgrund des Ausnahmezustands niederwalzten, was des Volkes Stimme war. Wir fragten uns, was wir tun könnten, um den Landsleuten jenseits des Brandenburger Tores beizustehen. Fast nichts Vernünftiges war möglich. Gleichzeitig mußten wir zur Kenntnis nehmen, daß es auch keine fremde Macht gab, die in der Lage gewesen wäre oder sich zugetraut hätte, den Deutschen zu helfen, die damals mit Steinen gegen sowjetische Panzer vorgingen.

Mit Nachdruck ist uns seither [die] Einsicht vermittelt worden, daß es eine isolierte Lösung für uns Deutsche nicht gibt. Sondern daß sich für das Verhältnis der Teile Deutschlands zueinander grundsätzlich erst etwas ändern wird, wenn Europa wieder mehr zusammenwächst. Wenn statt dessen die politischen Spannungen weiter zunehmen und durch übersteigerte Rüstungen begleitet werden, schwinden die Chancen für eine Überwindung der sinnlosen Spaltung.

Durch die Vertragspolitik sind wir daran gegangen, besondere Härten der Teilung abzubauen, Reisemöglichkeiten zu verbessern und die Zusammenarbeit zwischen den beiden deutschen Staaten zu verbessern. Dies war umstritten und ist auch Rückschlägen ausgesetzt gewesen.

Und trotzdem ist es weltfremd, von der Nation zu reden und nicht jedenfalls dafür zu sorgen, daß der Zusammenhalt zwischen den Menschen gewahrt bleibt.

Trotzdem müßte es heute möglich sein, daß die Verantwortlichen in Bonn und Ost-Berlin intensiver darüber nachdenken und miteinander beraten, wie von deutschem Boden nicht nur kein neuer Krieg ausgehen soll, sondern wie statt dessen aufeinander abgestimmte friedenssichernde Initiativen gefördert werden können. Dies läge im Interesse der Deutschen – auf beiden Seiten.

Nr. 10

Auszug aus Brandts *Erinnerungen* im Frühjahr 1989

Willy Brandt, Erinnerungen, Frankfurt a. M. 1989, S. 27 f.

17. Juni 1953. Der Volksaufstand mit den zwei Seiten – dem Verlangen nach sozialer Befreiung und nationaler Freiheit. Drei Monate zuvor war Stalin gestorben. Die neue Führung im Kreml hatte die sowjetische Kontrollkommission aufgelöst und den Deutschlandexperten Wladimir Semjonow⁶⁴, den ich flüchtig aus Stockholm kannte und der in den siebziger Jahren Botschafter in Bonn werden sollte, mit neuen Instruktionen zum Hohen Kommissar ernannt; die Massenflucht – im März [1953] waren 50.000 Menschen in den Westen geströmt – hatte die Alarmglocke läuten lassen. Die SED mußte, ob sie wollte oder nicht, Mißstände beschneiden und zusehen, wie die Menschen zu hoffen begannen. Die mörderischen Arbeitsnormen waren Anlaß des Protests, der in die Rufe mündete: „Der Spitzbart muß weg“⁶⁵ und „Russen raus“ und erstickt ward – erst von den Panzern der Besatzer, dann in der Abrechnung des Staatssicherheitsdienstes. Der Westen bekundete Sympathie. Die Aufständischen merkten, wie allein sie standen. Zweifel an der westlichen Politik kamen auf. Zweifel, die weit reichten. Der Widerspruch zwischen starken Worten und schwachen Taten prägte sich ein und nutzte den Machthabern. Die Menschen arrangierten sich schließlich.

Der Volksaufstand des 17. Juni markierte einen Einschnitt. Man ahnte es und wollte es doch nicht wahrhaben. Vorbereitet war niemand. Auch ahnten wir nicht, daß in Moskau an einem Kurswechsel der Deutschlandpolitik gebastelt wurde. Und daß sich, in Verbindung damit, in der SED-Führung eine Fronde zu formieren begann, die Ulbricht

⁶⁴ Vgl. Anm. 40.

⁶⁵ Gemeint war *Walter Ulbricht*. Vgl. Anm. 45.

ablösen wollte.⁶⁶ Am Tage selbst hatte ich im Bundestag – ausgerechnet – den Bericht zum neuen Wahlgesetz gegeben. Als sich das Ausmaß der Geschehnisse zeigte und ich registriert hatte, wie leicht der Ostteil der Stadt abzusperren war, erklärte ich kurz danach [am 1. Juli 1953] im Bundestag⁶⁷: „Das Ringen um die Wiedervereinigung in Freiheit hat den Vorrang vor allen anderen Vorhaben und Projekten außenpolitischer Art.“ Die achtzehn Millionen in der Ostzone dürften weder „durch unser Zutun noch durch unser Nichtstun“ der Gefahr ausgesetzt werden, daß sich wieder konsolidiere, was möglicherweise doch aufgelockert werden könne. „Es gibt keine andere Lösung als die friedliche Lösung der deutschen Frage. Es gibt keine andere Möglichkeit als die von Verhandlungen über die deutsche Frage. Wir fordern mehr Aktivität, mehr Zielklarheit, mehr Entschlossenheit im Kampf um die deutsche Einheit in Frieden und Freiheit.“ Aber wir blieben die Antwort darauf schuldig, wer wo über was zu verhandeln bereit gewesen wäre. Adenauer ging drei Monate nach dem 17. Juni einem Wahltriumph⁶⁸ entgegen, im Zeichen des widersprüchlichen, aber eindrucksvollen wirtschaftlichen Aufstiegs. Im Zeichen auch der durch ihn vertretenen Westverträge. Hatte nicht, was gerade in „der Zone“ geschehen war, jedermann gezeigt, daß es eine greifbare Alternative nicht gab?

Aus dem 17. Juni wurde im deutschen Westen ein ziemlich inhaltslos gebliebener „Tag der deutschen Einheit“. Vom zusätzlichen Feiertag wieder wegzukommen und den materiellen Ertrag einem guten nationalen Zweck zukommen zu lassen, scheiterte an einer Summierung kleinkariierter Einwände.⁶⁹ Vielleicht ist ja etwas dran, wenn man uns Deutschen eine eigene Fähigkeit nachsagt, die Erinnerung an unsere Niederlagen mit besonderem Fleiß zu zelebrieren.

[...]

⁶⁶ Vgl. Anm. 46.

⁶⁷ Vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 1. Wahlperiode, Stenographische Berichte, Bd. 16, Bonn 1953, S. 13450–13453.

⁶⁸ Vgl. Anm. 42.

⁶⁹ Vgl. Anm. 62.

Nr. 11

**Aus der Rede des SPD-Ehrenvorsitzenden und Bundestagsabgeordneten, Brandt,
vor dem Deutschen Bundestag**

Berlin–Bonn. Die Debatte – Alle Bundestagsreden vom 20. Juni 1991, Köln 1991, S. 62–67.

[...]

Für mich gehört zu den unauslöschlichen Daten meines Lebens das, was wenige Jahre nach dem Krieg im deutschen Westen an neuer freiheitlicher Staatlichkeit errichtet worden ist. Bonns Verdienste sind nicht nur unbestritten, sondern haben geschichtlichen Rang.

Doch die freiheitliche Selbstbehauptung West-Berlins ging dem noch voraus. Die Wiege der deutsch-westlichen Freundschaft stand an der Spree. Die Volkserhebung vom Juni 1953 in Ost-Berlin und dem, was wir damals die Zone nannten, stand nicht am Ende, sondern am Anfang jenes Kettenrasselns, aus dem jetzt die Chance der gesamteuropäischen Einheit in Freiheit wurde.

Auch hierauf gilt es angemessen zu antworten, wenn wir heute darüber entscheiden, ob Berlin deutsche Hauptstadt werden soll – Deutschlands wegen, mehr als bloß nach dem Namen.

Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.